Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52,** und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 2.00,** monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags,** größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190. **Freitag, den 17. August 1906.** 13. Jahrg.

Gleich einer Beilage

1791—1906.

„Die Weltgeschichte kann nicht stille stehen.“

Vor 115 Jahren leuchtete im Westen die Morgenröte, die heute im Osten erstrahlt und deren Schein auch in die Finsternis dringen wird, die uns noch umgibt.

Vor 115 Jahren hatte im revolutionären Frankreich ein Selbstherrscher sich zu einer Verfassung bequemen müssen. Aber kaum war sie da, so entfloh er, um die mit ihm verschworenen Könige des alten Europa in das neue Frankreich zu führen, die neue Verfassung umzustürzen und mit einer blutigen Schreckensherrschaft das „unbotmäßige“ Volk niederzuhalten. Bei dieser Flucht erfüllte sich sein Schicksal. Er hatte vorher noch eine allerliebste Komödie aufgeführt; er hatte in offiziellen Aktenstücken beteuern lassen, daß er die neue Verfassung mit allen Kräften aufrecht erhalten werde. Dagegen hinterließ er bei seiner Flucht in den Tuillerien ein Manifest, in welchem er erklärte, alle Zugeständnisse seien ihm abgezwungen worden; er widerrief alles.

Nun ward Ludwig XVI. mit seiner Familie aber zu Varennes unweit der belgischen Grenze durch die Entschlossenheit des Postmeisters und nachmaligen Abgeordneten Drouet festgehalten und in Begleitung einer vielitausendköpfigen Menschenmenge nach Paris zurückgebracht, das er nicht mehr verlassen sollte.

Unwillkürlich wurde man an diese Flucht nach Varennes erinnert, als dieser Tage verlautete, der Zar wolle abdanken und außer Landes gehen, aber seine Gemahlin habe auf ihrem Tollettentisch einen Zettel gefunden des Inhalts: „Ihr werdet Rußland nie verlassen!“

Es ist nicht ohne Interesse, darauf zurückzukommen, wie seinerzeit die Flucht des Königs Ludwig XVI. aufgenommen wurde. Paris befand sich in ungeheurer Aufregung; die abenteuerlichsten Gerüchte schwirrten umher. Die Nationalversammlung mit ihrer konstitutionell-monarchischen Mehrheit stellte sich, als glaube sie an eine „Entführung“ des Königs, und es wurden drei Kommissare abgeordnet, die den König zurückbringen mußten. Im Jakobinerklub dachte man über die Angelegenheit anders. Dort trat Robespierre auf, der mit seinen demokratischen Reden in der Nationalversammlung keinen Anklang fand, aber um so beliebter bei den Volksmassen war. Er tadelte mit Recht, daß die Nationalversammlung von einer „Entführung“ des Königs sprach, während dieser doch selbst in dem hinterlassenen Manifest bekannte, daß er entfliehen wolle. Er sagte: „Mir scheint die Flucht des vornehmsten öffentlichen Beamten kein so großes Unglück. Der heutige Tag könnte der schönste der Revolution sein. Er könnte es noch werden, und der Gewinn von fünfundzwanzig Millionen Livres, welche es kostet, die königliche Person zu unterhalten, würde die geringste Wohltat des heutigen Tages sein.“ — Er betonte dann nochmals, daß König Ludwig XVI. mit den reaktionären Mächten des Auslandes sich verschworen habe.

Der politische Scharfblick Robespierres, der sich so oft gezeigt hat, bewährte sich auch hier. Es war für die Franzosen eine günstige Gelegenheit, die bourbonische Dynastie, die ihnen so verhaßt geworden, los zu werden. Man konnte ohnehin bemerken, daß es auf die Republik losging. Wenn die Versammlung, nach Robespierres Meinung, einfach den König abgesetzt hätte, so würden viele blutige Kämpfe erspart geblieben und Frankreich schon früher zur Republik gelangt sein.

Allein es gab damals noch keine eigentliche republikanische Partei, sondern nur vereinzelte Republikaner. Ein junger einflußreicher konstitutioneller Abgeordneter Barnave, der als Kommissar der Nationalversammlung die königliche Familie nach Paris zurückbegleitet hatte, ward von den schönen Augen und den Liebenswürdigkeiten der koketten Königin bezaubert, und er brachte es dahin, daß die Nationalversammlung beschloß, dem Könige keinen Prozeß zu machen. Das Volk war entrüstet und die republikanische Strömung ward durch diesen Gang der Dinge außerordentlich verstärkt.

In Rußland liegen die Dinge wenn auch im allgemeinen manchmal gleich, doch im einzelnen heute allerdings wesentlich anders. Für den Zaren wäre es wohl das Klügste, was er tun könnte, wenn er abdanken wollte. Dann könnte sich Rußland sofort seine neue Staatsform geben, der europäischen Reaktion wäre dadurch wenigstens der formelle Vorwand zu einem Eingreifen genommen, wenngleich damit das Unterbleiben eines solchen Eingreifens keineswegs verbürgt wäre. Aber der Zar kann nicht abdanken, so gern er es vielleicht täte. Denn die Kamarilla hält ihn fest, weil sie ihn braucht, und der fatale Zettel: „Ihr werdet Rußland nie verlassen!“ kann demnach ebensowohl von der Kamarilla als von einer revolutionär gesinnten Persönlichkeit geschrieben worden sein. Das Erstere ist uns sogar das Wahrscheinliche. Denn die aus den Großfürsten, aus Aristokraten, Diplomaten, Generalen und hohen Bureaukraten bestehende Kamarilla wird beim Zusammenbruch von der Verantwortlichkeit, die ihr zufällt, so viel als möglich auf die Person des Zaren abzuwälzen bemüht sein, wie sie ihre Gewaltherrschaft auch in seinem Namen ausübt.

Bei Ludwig XVI. war die Aristokratie, die sich schon zum größten Teil flüchtig außer Landes befand, zur Flucht behülflich und befand sich mit den reaktionären Mächten in der engsten Verbindung. Auch hatte sich schon eine Koalition der alten Mächte gebildet, die dem Könige von Frankreich zu Hülfe kommen und ihm die unbequeme Verfassung wieder vom Halse schaffen wollte.

Heute sind so ziemlich alle europäischen Mächte überzeugt, daß das Zarentum seinem Sturze nicht entgehen kann, wie sich aus mancherlei Anzeichen schließen läßt. Aber die meisten Mächte sind nicht gegen eine moderne Verfassung in Rußland. Die entschiedensten Gegner derselben im nichtrussischen Europa sind jene deutschen resp. preußischen Junker, die auch bei uns die vormärzlichen verfassungslosen Zustände wiederherstellen möchten. Aber in England und Frankreich — von anderen Mächten abgesehen — dominiert der Wunsch, daß das russische Volk endlich der Wohltaten eines im modernen Sinne verfassungsmäßig geordneten Zustandes teilhaftig werden möge. Die Person des Zaren und seine Dynastie sind diesen Mächten auch nicht wichtig genug, um eine Koalition gegen das revolutionäre Rußland anzustreben und die westeuropäische Kapitalistenwelt sieht in einem konstitutionellen Rußland sicher eine bessere Bürgschaft für künftige Geschäfte in diesem Lande, als in dem in sich zusammensinkenden Absolutismus.

Genau genommen ist somit, so schreibt das „Hamburger Echo“ mit Recht, der Zar zur Zeit in eine schlimmere Situation, als es Ludwig XVI. im Jahre 1791 war, da er die Flucht nach Varennes antrat. Ein Fluchtversuch des Zaren kann ebenso unglücklich enden, wie die Flucht nach Varennes; gelingt aber die Flucht und läßt auch die Kamarilla den Zaren entrinnen, dann mag er seiner Krone für immer Valet sagen, denn er findet nicht, wie es bei Ludwig der Fall gewesen wäre, im Ausland eine große geschlossene Koalition vor, bereit, zu seinen Gunsten mit großen Armeen ins Feld zu rücken und ihm die Krone wieder zu erobern.

Denn an ein direktes Eingreifen irgend einer europäischen Macht in die inneren Wirren Rußlands ist unserer Meinung nach zur Zeit nicht zu denken, wenn auch in bezug auf diese Eventualität allerlei Gerüchte umhergetragen werden. Es würde ein solches Eingreifen bei der gegenwärtigen Gruppierung der Mächte die Gefahr eines europäischen Krieges in die nächste Nähe rücken, wahrscheinlich sogar ihn unvermeidlich machen, und vor einer solchen Katastrophe warnt der Selbsterhaltungstrieb.

Der Zar scheint nur die rechte Zeit zum Abdanken schon verpaßt zu haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer trägt die Schuld? Die „Schles. Ztg.“ hatte bekanntlich die Schuld an der sogen. Reichsfinanzreform der Reichstagsmehrheit beigemessen. Dagegen wendet sich jetzt der Abg. Graf Stracwitz-Bertelsdorf in der „Deutsch. Tagesztg.“ Er meint, daß nicht der Reichstag, sondern die Reichsregierung die Verantwortung an den neuen Steuern trage. Und nicht der Reichstag, sondern die Regierung habe die Fühlung mit dem Volke verloren. — Man braucht sich über die Frage, wer schuld hat, nicht den Kopf zu zerbrechen. Denn Regierung und Reichstagsmehrheit stinken alle beide!

Der Augenblick kam euch gelegen . . . Strenge veterinär-polizeiliche Maßregeln sind demnächst an der russischen Grenze zu erwarten. Ein offiziöses Telegramm aus Johannesburg berichtet:

> Die Maul- und Klauenseuche ist im angrenzenden russischen Kreise Schtschutschin ausgebrochen. Sie herrscht namentlich in der Stadt Schtschutschin und auf dem gleichnamigen Gute. Die Gefahr der Seucheneinschleppung nach preußischen Grenzortschaften ist um so größer, als die Grenze eine trockene und die Berührung einheimischen Viehs mit russischem auf der Weide kaum zu vermeiden gewesen ist. Aus Johannesburg hat sich der Kreistierarzt bereits nach den verseuchten russischen Orten begeben, um die nötigen Feststellungen über den Umfang des Seuchenherdes bewirken.

So müssen den Fleischwucherern alle Dinge zum besten dienen. Ob es so ganz zufällig ist, daß die Oertelhelden die Maul- und Klauenseuche gerade in dem Augenblick entdecken, in dem die immer noch wachsende Fleischteuerung den Ruf nach Oeffnung der Grenzen immer dringender werden läßt.

Eine preußische Kulturtat! In Hannover wohnte seit 17 Jahren der Genosse Pieter de Jonge aus Holland; er ist verheiratet und Vater von acht Kindern, die sämtlich in Hannover geboren sind. Er hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen, ist im heiligen preußischen Staate weder polizeilich noch gerichtlich bestraft worden. Für seine Familie hat er immer als braver Arbeiter treu gesorgt, auch ist er stets als guter Arbeiter von den Unternehmern gern beschäftigt worden. Als nüchterner und einsichtiger Mensch gehörte er seiner gewerkschaftlichen Organisation schon seit langem an. Vor einigen Wochen nun trat er auch dem sozialdemokratischen Wahlverein offen bei. Als Parteigenosse hatte er bisher ja stets seine Pflicht getan, aber — da er Ausländer — glaubte er nicht Mitglied der Organisation werden zu sollen, weil — nun weil ihm die preußische Polizei doch bekannt ist! Seine Bedenken und Befürchtungen, er könne deshalb Unannehmlichkeiten haben, waren allmählich aber doch geschwunden und so wurde er Mitglied der politischen Organisation. Kurze Zeit darauf erhielt er folgendes Schreiben:

Der Polizeipräsident
zu Hannover — Hannover, 5. Juli 1906.
J. Nr. 7465

Zufolge Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten hierselbst werden Sie hiermit als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen und demgemäß aufgefordert, das Gebiet des preußischen Staates innerhalb sechs Wochen nach Zustellung dieser Verfügung zu verlassen.

Falls Sie dieser Verfügung nicht nachkommen, werde ich gegen Sie auf Grund des § 132 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 eine hiermit angedrohte Strafe von 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle drei Tage Haft treten, festsetzen.

Sollten Sie nach dem Verlassen des preußischen Staatsgebiets ohne Erlaubnis in dasselbe zurückkehren, so wird Ihre Bestrafung auf Grund des § 361² des St.-G.-B. mit Haft bis zu 6 Wochen erfolgen.

An
Herrn Zimmermann
Pieter de Jonge
hier
Hildesheimerstr. 71a.

In Vertretung
Melin.

Genosse de Jonge ging darauf zum Polizeipräsidium, stellte dort klar, daß doch kein Grund vorliege, ihn als lästigen Ausländer zu betrachten, da er doch noch keinem Menschen lästig gefallen sei. Ihm wurde jedoch erklärt, er sei Sozialdemokrat. Sozialdemokraten hätten wir hier selber genug, er möge nur ruhig nach Holland zurückfahren. Schließlich sagte man ihm, daß die Sache noch einmal geprüft werden solle und ihm Nachricht zugehen werde. Die Nachricht kam am 14 Juli und lautete:

> „Auf Ihre mir persönlich vorgetragene Bitte um Aufhebung meiner Ausweisungsverfügung vom 5. d. M. eröffne ich Ihnen, daß es bei der Ausweisung sein Bewenden behalten muß.
>
> Graf vom Berg.

Genosse de Jonge hat nun die preußischen Staatsgebiete verlassen und zwar mit den für die Preußen „freundschaftlichen“ Gefühlen. Weil er seiner politischen Ueberzeugung gemäß sich organisiert hat, darum — das ist seine Ueberzeugung — ist er ausgewiesen, darum ist seine Existenz von der Polizei vernichtet worden. In Holland muß sich der Ausgewiesene erst eine neue Existenz schaffen; seine Kinder kommen dorthin als Fremde. In Deutschland geboren, kennen sie nur die deutsche Sprache. Sie müssen es ganz besonders büßen, daß ihr Vater Sozialdemokrat ist. Sozialdemokraten sind lästige Ausländer, „denn wir haben hier selbst genug Sozialdemokraten!“ Auf einen mehr wäre es dann jedenfalls nicht angekommen — aber die Polizei will die Sozialdemokraten vermindern. Sie wird aber das Gegenteil erzielen! Solche Polizeitaten sind die besten Agitationsmittel für die Vermehrung der Sozialdemokraten!

Pods „festes Vertrauen“. Wie die „N. G. C.“ von bestinformierter Seite erfährt, steht die Vernehmung des Landwirtschaftsministers v. Podbielski in der Angelegenheit v. Tippelskirch-Fischer unmittelbar bevor. Von den Aussagen des Ministers dürfte in erster Linie die Entscheidung abhängen, ob gegen die Firma v. Tippelskirch u. Co., das heißt gegen ihre Inhaber, ein Verfahren wegen Bestechung des Majors Fischer einzuleiten ist. Herrn v. Podbielski wird, so schreibt die Korrespondenz, ohne Zweifel die Gelegenheit nur willkommen sein, vor dem Untersuchungrichter nachweisen zu können, daß er nichts von den pekuniären Beziehungen zwischen dem Major Fischer und der Firma, deren eigentlicher Leiter er war, gewußt hat. Wie man hört, befindet sich Herr v. Podbielski selbst in zuversichtlichster Stimmung, und in Kreisen, die für unterrichtet gelten können, erzählt man sich, daß er dem festen Vertrauen Ausdruck verliehen hat, an der maßgebenden Stelle, nämlich beim Kaiser, ohne Schwierigkeit sein kaufmännisches Verhältnis zu der Kolonialfirma zu rechtfertigen. Herr v. Podbielski hofft, für seinen ausgeprägten Geschäftssinn bei dem so modern empfindenden Monarchen, der den Verkehr mit weitblickenden Geschäftsleuten von der Art des Herrn Ballin liebt, volles

Verständnis zu finden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Minister in dieser Richtung bereits einleitende Schritte getan hat, um sich den Besitz des Ministerportefeuille auch über den Abschluß des Fischerschen Prozesses hinaus zu sichern. Ein ungeschriebenes, aber um so strenger befolgtes altpreußisches Gesetz will es, bemerkt die „N. G. C.“, daß jedes Mitglied des preußischen Staatsministerium, dessen Name, wenn auch nur zu Unrecht, in Verbindung mit irgend einer kompromittierenden Angelegenheit genannt wurde, es als seine Pflicht erachtet, seinen Vorgesetzten, den Ministerpräsidenten, und seine Kollegen, die übrigen Minister, in entsprechender Weise aufzuklären. Dies pflegt in schriftlicher Form zu geschehen. Sehr interessant wäre es, zu erfahren, ob sich Herr v. Podbielski inzwischen in dieser Weise geäußert hat, nachdem nun bereits seit mehreren Wochen seine Person den Mittelpunkt einer so unerquicklichen Affäre bildet. — Durch solche Manipulation wird Pod nicht reingewaschen.

Dem Verdienste seine Krone. Der durch seine schneidigen Polizeiaaten gegen die Sozialdemokratie sehr berühmt gewordene Mannheimer Polizeidirektor Schäfer ist von der Regierung des liberalen Musterländles zum Ministerialrat im Ministerium des Innern ernannt worden! Ferner wird bekannt, daß — nach dem Wortbruch des Mannheimer Stadtgewaltigen in der Lokalangelegenheit des Parteitages — nun auch in Heidelberg staatserhaltende Kräfte am Werke sind, um die für einen Abend der Parteitagswoche geplante festliche Beleuchtung des Heidelberger Schlosses zu hintertreiben. Man sieht, das „liberale“ Baden geizt nach dem Ruhme des reaktionären Altenburg, dessen Regierung im vorigen Jahre bekanntlich dem Jenaer Parteitage den Besuch der Leuchtenburg unmöglich machte.

Neue schwere Anklagen gegen die Kolonialverwaltung erhob, wie schon kurz berichtet, der Reichstagsabgeordnete Erzberger am Freitag Abend in einer Wähler-Versammlung der Zentrumspartei in Düsseldorf. Er erklärte: „Das Schlimmste ist, daß ein preußischer Minister am Gewinn bei Tippelskirch beteiligt ist. Man hat mir früher widersprochen, man weiß ja jetzt, wie die Beteiligung ist, durch die Frau. Es ist interessant, daß Herr v. Podbielski, der im Jahre 1897 Staatssekretär wurde, erst 1900 die Gütertrennung durchführte. Juristisch mag das alles fein sein und auch für einen Geschäftsmann; aber hier kommt auch die politische Moral in Betracht, und das deutsche Volk denkt doch etwas anders darüber.“ Weiter bemerkt Erzberger, es sei unrichtig, wenn man ihm vorwerfe, er habe die Grundlagen für seine die Kolonialverwaltung belastenden Mitteilungen auf unreelle Weise erhalten. Für das Bekanntwerden solcher Angaben sorgt schon die Konkurrenz von Tippelskirch, der er seine Mitteilungen mit verdanke. Erzberger behauptete ferner, daß bei der Hamburger Reedereifirma Woermann die Sache noch viel schlimmer liege, als die Vorkommnisse mit Tippelskirch u. Co. Er (Erzberger) habe vor kurzem an den Reichskanzler einen Brief geschrieben, in dem er den Reichskanzler darauf aufmerksam gemacht habe, daß es sich bei der Monopolstellung der Firma Woermann für das Reich noch um weit größere Summen und viel bedeutendere Belastung der Reichsfinanzen zu Gunsten eines einzelnen handelte als im Falle Tippelskirch. Erzberger bezieht sich auf die mit der Woermann-Linie abgeschlossenen Uebereinkommen wegen des Transportes der Truppen nach Südwestafrika. Die Tarifsätze, die die Woermann Linie dem Reiche in Rechnung stellt, sind um viele Prozente höher als diejenigen Sätze, die sonst berechnet zu werden pflegen. Tatsache ist zum Beispiel, daß Woermann für den Transport von Waren von Kapstadt bis Swakopmund Preise berechnet, die ungefähr denen entsprechen, die sonst für den Transport von Hamburg nach Brasilien berechnet werden. Neuerdings wird auch behauptet, daß ein Konsortium englischer Redereifirmen der Reichsregierung ein Angebot gemacht hatte, das ungefähr um die Hälfte niedriger war als diejenigen Preise, die die Woermann Linie verlangt. Auf dieses Angebot aber hat, so heißt es, das Konsortium bisher noch keine Antwort erhalten, obwohl seit dem Eingang des Schreibens Monate in's Land gegangen sind. Also nach Tippelskirch Woermann! Und wer dann? Wie viele Monopolisten stecken noch hinter den Kulissen? Erzberger meint schließlich: Wenn der Reichstag vielleicht beim Zusammentritt 100 Millionen für Südwestafrika bewilligen solle, so dürfe dies nicht für Tippelskirch und Woermann geschehen. Die Abgeordneten wären sonst nicht wert, Vertreter des deutschen Volkes zu heißen. Das Zentrum werde bei der bevorstehenden Tagung des Reichstages eine ganze Reihe von Vorschlägen zu Gunsten einer besseren Kolonialpolitik stellen und verlangen: 1. eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Reichstages in kolonialen Angelegenheiten; 2. eine bessere Auswahl in den Beamten für die Kolonialverwaltung; 3. eine unnachsichtliche strafrechtliche Verfolgung gegen alle sich Verfehlungen zu schulden kommen lassende Beamten, und 4. das Aufhören des Vertuschungssystems. Wir werden ja sehen, ob das Zentrum nach diesem von Herrn Erzberger entwickelten Programm im Reichstage verfahren wird. Genügende Ursache, es zu tun, hat die regierende Partei allerdings, denn sie hat reichlich mitgesündigt in der Kolonialpolitik.

Die antisemitischen „Brüder“, die Deutschsozialen und die Reformer, liegen sich noch immer in den Haaren. Dabei kommt manches Interessante ans Tageslicht. So antwortet der „Reformer“ Werner, seines Zeichens Reichsbote, im „Reich“ auf Angriffe Liebermann von Sonnenbergs u. a. folgendes: „Nun habe ich nie geleugnet, Herrn v. Liebermann auf sein Verlangen im Jahre 1890 vor der Stichwahl beschleinigt zu haben, der deutsch-sozialen Partei beizutreten. Ich bin aber ordnungsmäßig später, nachdem der Reichstag sechs Wochen versammelt war, aus dieser Partei ausgetreten, wie ich dies Herrn v. L. mitgeteilt habe. Herr v. Liebermann scheint mir ein Recht bestreiten zu wollen, von dem er selbst seinerzeit umfangreichen Gebrauch gemacht hat, als er auf dem Magdeburger Parteitag aus der Deutschsozialen Reformpartei austrat. Er beliebt meinen Austritt immer so hinzustellen, als ob ich schmählich mein schriftlich gegebenes Wort gebrochen hätte. Wohl niemand wird diesen Vorwurf gegen mich erheben können; es sei denn, daß man Herrn v. L. denselben Vorwurf machte. — Geld habe ich niemals von Herrn v. L. bekommen. Nur zu jener Zeit, in der wir einer Partei angehörten, sind mir die Auslagen — und lediglich diese — für die schaurigen Wahlen in Osnabrück und Königsberg i. Pr. ersetzt worden. In beiden Wahlkreisen habe ich auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn v. L. mitgearbeitet. Im Jahre 1893 bei seiner Aufstellung als Kandidat fragte mich Herr Dr. König, ob ich noch Wahlschulden hätte. Er hatte sich für verpflichtet, für diese aufzukommen. Ich erklärte ihm in Gegenwart von Zeugen, daß nur mein Drucker noch etwas über 300 Mark für gelieferte Drucksachen erhalte. Diese 300 Mk. sind direkt von dem Königl. Wahlbureau dem Drucker, Herrn Rühaupt-Kassel, gegen Quittung gezahlt worden. Wie kommt Herr v. Liebermann dazu, es immer so hinzustellen, als ob ich persönlich pekuniäre Vorteile gehabt oder ihm gar angeborgt hätte?! Geldangelegenheiten sind heikle Sachen, und ich lasse mir in dieser Beziehung absolut nichts gefallen und nachsagen! Uebrigens will ich noch erwähnen, daß mir im Jahre 1893 für beide Wahlkreise — Hersfeld und Hofgeismar — nur 2015 Mk. 65 Pfg. ausschließlich der vorerwähnten 300 Mark zur Verfügung standen.“ — Es ist doch eine „feine“ Gesellschaft!

„Nationale Arbeiterkandidaten“ sollen bei der nächsten Wahl auftreten. Wenigstens hat sich bereits ein „nationaler Arbeiter-Wahlausschuß“ gebildet, an dessen Spitze der Generalsekretär des christlichen Gewerkvereins Franz Behrens steht. Wenn nun noch die Wähler aufgetrieben werden können, dann ist „alles da!“ Etliche politische Pfaffen, darunter Stöcker, sind die geistigen Leiter der neuen Partei. In dem Aufruf, den die neue „Partei“ veröffentlicht, heißt es, die Wahl von Arbeitern sei durch das soeben verabschiedete Gesetz über die den Mitgliedern des Reichstages zu gewährende Entschädigung wesentlich erleichtert worden. — Also die Diäten haben es den Herrschaften angetan! Die Spekulation geht darauf, für die parteilose „Partei“ Arbeiterstimmen aus allen bürgerlichen Lagern zu fischen, unter Aufwendung von etwas christlicher Gesinnung, etwas Antisemitismus, etwas Patriotismus, etwas Arbeiterpolitik und viel blauem Dunst. Die Gründer haben große Rosinen im Sacke, sie wollen bei der nächsten Wahl sämtliche Ruhrwahlkreise erobern! Wie Herr Behrens auf der Konferenz durchblicken ließ, will man in allen Kreisen eigene christlich antisemitische Kandidaten aufstellen, wenn mit dem Zentrum und den Nationalliberalen über die Mandatverteilung vorher keine Verständigung erzielt werden könne.

Journalistische Ehrenmänner. Unter dieser Stichmarke bringt die „Leipziger Volkszeitung“ nachfolgende Korrespondenz aus Frankfurt a. M.: „Von welcher Qualität und Gesinnungstüchtigkeit manche bürgerlichen Journalisten sind, mag durch folgendes kleine Beispiel illustriert werden: In der Hetze, die die bürgerliche Stadtverordneten-Mehrheit in Frankfurt a. M. gegen den Stadtverordneten Genossen Zielowski entriert hat, spielt besonders die demokratische Presse der Sonnemannclique eine geradezu erbärmliche Rolle, indem sie mit rabulistischem Eifer bestrebt ist, Holz zu dem Scheiterhaufen zusammenzutragen, auf dem der „Ketzer“ verbrannt werden soll. Dieses Beginnen darf weiter nicht wundernehmen, denn gerade die Blätter des Herrn Sonnemann haben von jeher eine feine Nase für kapitalistische Interessenpolitik gehabt. Wozu noch kommt, daß bei den Terrainspekulationen, die Zielowski zum Gegenstand der Kritik gemacht hat, Maklertum und Freisinndemokratie politisch und gesellschaftlich so eng liiert sind, daß man es schon verstehen kann, wenn die demokratische Presse sich mächtig ins Zeug legt und eine Interessenpolitik verteidigt, auf deren Grundlage zum Teil ihre Macht beruht. Nun wollte es aber der tückische Zufall, daß ein auswärtiges Freisinnsblatt, das „Berliner Tageblatt“, in dem Kampf gegen die Interessenwirtschaft im Frankfurter Rathaus sich ausnahmsweise mal auf die Seite der sozialdemokratischen Kritiker gestellt hat. Es brachte über die „Korruptionsaffäre“ mehrere Artikel aus der Feder seines Frankfurter Korrespondenten, die den Frankfurter Freisinndemokraten furchtbar auf die Nerven gefallen sind. Daß ein Blatt der eigenen Partei ihre Zirkel stören und sie vor aller Welt bloßstellen würde, das hatten sie nicht erwartet. Diese Kühnheit des Frankfurter Korrespondenten des „Berliner Tagebl.“ sollte gerochen werden. Ein Tintenkuli der Sonnemannclique, Anton Burger, übernahm das Henkeramt. Er schrieb an das „Berl. Tagebl.“ einen Brief und denunzierte darin den Korrespondenten der falschen Berichterstattung, in anmaßender Weise der Redaktion den „guten Rat“ erteilend, sie möchte doch für die Folge die Zuschriften ihres Korrespondenten nicht mehr so kritiklos aufnehmen. Aber die Wirkung dieser Denunziation war eine andere, als sie Burger erwartet hatte. Seine Frechheit, sich in die Redaktionsangelegenheiten des „Berl. Tageblattes“ einzumischen und dieses zu schulmeistern, ging den Mosseleuten doch etwas zu sehr wider den Strich. Sie setzten sich hin und schrieben dem Herrn eine Antwort, die dieser wohl nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. Sie verbaten sich einfach dieses Einmischen in ihre Redaktions-Angelegenheiten. Die erwartete Maßregelung des Frankfurter Korrespondenten des „Berl. Tagebl.“ blieb aus. Die Mosseleute waren in diesem Falle ausnahmsweise etwas selbstbewußter als Herr Sonnemann, der seinerzeit einem seiner Redakteure (Quarck) den „Sack“ gab, weil sich der freisinnige Abgeordnete Funcke über seine kritische Beurteilung der Tätigkeit des Abgeordneten Gutfleisch bei Beratung der Arbeiterschutzgesetze beschwert hatte. Die journalistischen Sitten stehen übrigens auch sonst bei den Sonnemannleuten nicht allzu hoch im Kurse. Ein anderer dieser Schmocks, der für seine verhältnismäßig schwachen journalistischen Leistungen sehr gut bezahlt wird . . . es also nicht nötig hätte, sich ein Nebeneinkommen zu suchen, hat sich nicht gescheut, unter Berufung auf seine guten Informationen als Redakteur der „demokratischen“ „Frankf. Ztg.“ bezw. „Kleine Presse“, sich bei Herrn Scherl, dem Herausgeber des durch und durch byzantinischen „Berl. Lokalanzeigers“ anzubiedern und um einen Korrespondentenposten zu betteln. Herrn Scherl imponierte diese Gesinnungstüchtigkeit eines demokratischen Redakteurs von Sonnemanns Gnaden so sehr, daß er seinem bisherigen Frankfurter Korrespondenten kündigte und dem Bittstellen den Posten übertrug. Jedenfalls will Scherl einmal erproben, inwieweit dieser demokratische Schmock schreiben kann rechts und schreiben kann links. Und solche Journalisten wollen sich dann wundern, wenn ihre „Ueberzeugung“ und „Gesinnungstüchtigkeit“ in leise Zweifel gezogen wird!“

Zu einem heißen Ringen zwischen den Sozialdemokraten und dem Freisinn wird sich, so schreibt die „Lib. Corr.“, die bevorstehende Landtags-Nachwahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Zwick gestalten. Dazu wird ausgeführt: „Die Sozialdemokratie rechnet bestimmt darauf, bei den durch Tod oder Domizilwechsel der bisherigen Wahlmänner erforderlich gewordenen Nachwahlen ihre Gewinnchancen so erheblich zu verbessern, daß sie die Freisinnigen in der Zahl ihrer Wahlmänner überflügelt. Ob ihr dies gelingen wird, wird vornehmlich von der Zahl der nötig werdenden Ersatzwahlen und davon abhängen, ob unverhältnismäßig viele Neuwahlen in der dritten Klasse stattzufinden haben. Wie erinnerlich, blieben bei der letzten Wahl die Sozialdemokraten in diesem Kreise mit ihren 1100 Wahlmännern nur um 211 hinter den Freisinnigen zurück; außerdem waren nur noch 184 konservative Wahlmänner gewählt worden. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls in den Bezirken der dritten Klasse ihre Wähler bis auf den letzten Mann an den Wahltisch zu bringen suchen. „Zum ersten Male bei einer Wahl zum preußischen Landtage wird auch infolge der Einführung der Fristwahl, die den Urwähler nicht zur Stimmabgabe an einer bestimmten Stunde des Tages, wo er vielleicht gerade verhindert ist, verpflichtet, eine Wahlbeteiligung erzielt werden, die wahrscheinlich hinter der der letzten Reichstagswahlen nicht zurückstehen wird. Natürlich läßt sich über das voraussichtliche Ergebnis der Nachwahlen jetzt schon schwerlich etwas Positives sagen; es erscheint aber wohl ausgeschlossen, daß es diemal ohne Stichwahl abgehen wird, bei der die verhältnismäßig kleine Zahl der konservativen Wahlmänner den Ausschlag zu geben haben wird.“ — Natürlich dürfte der Freisinn dann darauf rechnen, daß der Ausschlag zu seinen Gunsten erfolgt.

Tip-Top-Sättel. Von einem Lieferanten der Firm Tippelskirch erhält die „Frkf. Ztg.“ Nachricht von folgender interessanten Manipulation, wie die Monopolfirma, die stets lange im voraus von einem eintretenden Waffen- oder Truppentransport Kenntnis hatte, ihre festen Abnehmer bediente. Vor längerer Zeit erhielt ein Lederwaarenfabrikant eine mit „Tip-Top“ unterzeichnete telegraphische Anfrage, in welcher Zeit er 500 Armeesättel im Preise von je 50 Mark liefern könne. Die Sättel wurden geliefert und fanden prompte Abnahme bei der Kolonial- oder Schutztruppenverwaltung zum Preise von 90 Mark. Das heißt also, die Monopolfirma lieferte nicht einmal eigenes Fabrikat und strich für die Vermittelung achtzig Prozent Maklerprovision ein. Und die Steuerzahler mußten diese Provision bezahlen.

Norwegen.

Ein sozialdemokratischer Wahlsieg. Montag fanden in den Aemtern Drontheim und Stavanger und in der Stadt Drontheim die Stortingswahlen statt. Ein klares Bild über die Wahlresultate ist bis jetzt aus den vorliegenden Nachrichten nicht zu gewinnen. Im vierten Drontheimer Kreise ist der Kandidat der Sozialdemokratie Redakteur Buen, gewählt worden. Der Kreis war bisher nicht durch die Sozialdemokratie vertreten.

Rußland.

Genosse Parvus nach Sibirien verschickt. Ein Tapferer ist eine Beute der Zarenschergen geworden: Genosse Parvus wurde in einen russischen Kerker geworfen und wartet seiner Verschickung nach Sibirien, dem Totenhause. Dienstag morgen erhielt Genosse Wallfisch in Dresden folgendes Telegramm:

„Sende dritte Ausgabe meiner Gewerkschaften und hungerndes Rußland an . . . . Ich werde nächstens verschickt. Gruß Parvus.“

Ich werde nächstens verschickt . . . . Die ganze furchtbare Tragödie Rußlands wird in diesen vier Worten lebendig. Kampffreudig, bereit sich selbst und sein Leben zum Opfer zu bringen, stellte sich unser Genosse Parvus in die Reihen der Tapferen, denen der Kampf gegen das fluchbeladene Zarentum, gegen die Schmach Europas, das autokratische System des Mordens Lebensaufgabe wurde. Es galt den Kampf für ein neues Rußland, den Kampf für die höchsten und reinsten Kulturziele, den Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit. Rastlos hat er seine ganze Kraft, die ganze Persönlichkeit in den Dienst der Sache gestellt, die ihm heilig war, — wie er es tat, als er noch in unserer Mitte weilte. Bis die Trepowkreaturen ihre Schergen aussandten, um „Ruhe und Ordnung“ zu schaffen. Auch Genosse Parvus wurde seinem Wirken entrissen, hinter Kerkermauern geworfen. Einer unter vielen, aber der besten einer. Die Schrecken Sibiriens sollen den Schrei seiner Stimme ersticken, die Kraft seines Armes in Fesseln schlagen. Der Henker überantwortet sein Opfer dem lebendigen Tode. Aber wir halten an der Hoffnung fest, daß Genosse Parvus uns nicht für immer verloren ist, daß ihm die Erlösungsstunde schlagen wird, die zugleich die Erfüllung seiner glühendsten Hoffnungen und seiner sehnsüchtigsten Träume birgt: ein freies Rußland, frei geworden durch den Heldenkampf der Tapferen, durch ihre Leiden, durch ihr Ausharren . . . .

Vom Tage. Gestern wurden in verschiedenen Straßen Warschaus Anschläge gegen Polizeibeamte verübt. Es sollen 20 Anschläge zur Meldung gebracht sein. — In Wlozawsk sind der Polizeimeister Mirnowiez und der Polizeihauptmann Pietrow ermordet worden. — In Lodz kam es gestern zu schweren Unruhen, in deren Verlauf das Militär schoß und viele Personen tötete. Durch zwei Bomben wurde ein Haus in Brand gesteckt. — Ueber die Eisenbahn Samara-Slatoust ist mit Rücksicht auf die Agrarunruhen der Kriegszustand verhängt worden. — In Bukarest ist ein Telegramm aus Reni eingetroffen, demzufolge sämtliche Kapitäne und Matrosen der dortigen russischen Dampfer und Schlepper in den Ausstand getreten sind.

Die Reaktionäre bereiten anscheinend ein großes Morden vor. Der Petersburger Korrespondent der „Tribune“ telegraphiert seinem Blatte, eine furchtbare Wendung der Dinge stehe unmittelbar bevor; die Reaktionäre hätten beschlossen, gegen ihre Widersacher dieselbe Waffe zu benutzen, welche diese anwenden, nämlich den politischen Mord. Der Korrespondent erfährt, es sei ein geheimer Ausschuß zur Organisierung eines Angriffsfeldzuges gegen die demokratischen Führer gebildet worden, und zwar stehe er in Verbindung mit dem Polizeiministerium. Es seien Listen der hervorragenden Führer der konstitutionellen Demokratie und der Arbeiterpartei aufgestellt worden, gegen die vorgegangen werden solle; der ermordete Professor Herzenstein sei das erste Opfer gewesen. — Die Revolutionäre sind aber auch auf dem Posten; sie werden zweifellos den Anschlägen der Reaktion zu begegnen wissen.

Eine scharfe Salve. Ein Vorfall, der lebhaft an den berüchtigten Kartätschenschuß bei der Wasserweihe in Petersburg erinnert, hat sich in Krasnoje Selo abgespielt. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Petersburg vom 14. d. M. gemeldet: „Gestern verbreitete eine hiesige Korrespondenz die Nachricht, daß bei Manöverübungen zu Krasnoje Selo am 10. August, denen Großfürst Nikolai Nikolajewitsch beiwohnte, eine scharfe Salve abgegeben worden sei, wodurch zwei Soldaten auf derselben Stellung, wo sich der Großfürst befand, verwundet worden seien. Ich habe Erkundigungen eingezogen und feststellen können, daß der Vorfall in militärischen Kreisen als tatsächlich geschehen besprochen wird. Die scharfe Salve wird dem ersten Bataillon des Leibgardeschützenregiments zugeschrieben und dadurch erklärt, daß jemand blinde Patronen durch scharfe mit abgeschnittenen Kugelspitzen ersetzt hat.“ — Also ein neuer Beweis für den revolutionären Geist, der unter den Petersburger Gardetruppen herrscht. Dieses Attentat, begangen durch Soldaten gegen ein Mitglied des Kaiserhauses, wirkt noch viel schwerwiegender als die im Verhältnis dazu harmlose Meuterei der Preobraschenskes.

Schweiz.

Die Reaktion an der Arbeit. Die Ausweisung des Genossen Emil Hauth, des Redakteurs vom Volksrecht, dessen Tätigkeit den Arbeiterfeinden längst ein Dorn im Auge war, ist nunmehr erfolgt: innerhalb 14 Tagen hat Genosse Hauth den Kanton Zürich zu verlassen. Vom gleichen Schicksal sind weitere 13 deutsche Parteigenossen, 3 Oesterreicher und 16 Italiener betroffen worden. Andere Ausweisungen sollen noch bevorstehen.

Frankreich.

Antimilitaristische Kundgebung von Soldaten. Die Waffenübungsperiode des 105 Territorial-Regiments in Bourgon bei Grenoble schloß mit einer antimilitaristischen Kundgebung gegen den Oberstleutnant Frolient, der sich weigerte, die gegen einige einberufene Familienväter verhängte Haftstrafe aufzuheben. Die Manifestanten zogen, die Internationale singend, nach dem Stadthause und veranlaßten die Zivilbehörden, beim Kriegsministerium zu intervenieren.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 16 August.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Achtung, Holzarbeiter! Nach Aufhebung des Streiks weigern sich die Arbeitgeber, die Streikenden einzustellen. Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hülfsarbeitern nach Lübeck ist deshalb streng fernzuhalten.

Die Wirte und die Bierpreiserhöhung. Der Verein Lübecker Wirte beschäftigte sich, wie der „G.-A.“ meldet, gestern abend mit dem von den Brauereien angekündigten Preisaufschlag von 1,50 Mk. pro Hektoliter. Einstimmig beschloß man, jede Erhöhung abzulehnen, da die Wirte nicht in der Lage seien, die Erhöhung des Bierpreises um 1.50 Mk. tragen zu können. Einen gleichen Beschluß hat übrigens auch schon der hiesige Wirteverein gefaßt, so daß also sämtliche Wirte sich in der strikten Ablehnung des höheren Preises einig sind. Der Verein Lübecker Wirte wird den Brauereien sofort von dem Beschluß Kenntnis geben. Nach Eingang der Antwort wird der Verein seine event. weiteren Schritte sofort in einer neuen Versammlung festsetzen. — Es freut uns, konstatieren zu können, daß die Wirtevereine hier einen verständigeren Standpunkt eingenommen haben, als ihre Kommission. Wenn die Wirte festbleiben und jede Preiserhöhung ablehnen, so werden sie zweifellos die große Masse der Konsumenten zu ihrer Unterstützung bereit finden.

Aus dem Werk- und Zuchthause. Das große finstere Gebäude in der St. Annenstraße, welches ehemals zu kirchlichen Zwecken benutzt wurde und nunmehr zur Unterbringung von Verbrechern und sog. Korrigenden dient, beherbergte im Jahre 1905 insgesamt 1192 männliche und 5 weibliche Gefangene. Von denselben waren 74 Zuchthausgefangene, 943 Haftgefangene und 180 Korrigenden, d. h. Leute, die wegen Bettelns, Arbeitsscheu, Trunkenheit usw. der Landespolizeibehörde überwiesen und durchaus keine Verbrecher sind. Die Zahl der Verpflegungstage belief sich für Zuchthausgefangene auf 16 782, für Haftgefangene auf 15 725 und für Korrigenden auf 31 732. Von den im Laufe des Jahres in Haft gehaltenen Gefangenen und Korrigenden waren verurteilt wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit 21 männliche und 2 weibliche Personen, wegen Mord, Totschlag, Kindesmord usw. 2 männliche und 2 weibliche Personen, wegen Diebstahls und Unterschlagung 35 Männer, wegen Betruges, Urkundenfälschung, Bankerotts 11 Männer, wegen Brandstiftung 1 Mann, wegen Bettelns und Landstreichens 1122 Männer und wegen Uebertretung des § 361 des St.-G.-B. 1 Person weiblichen Geschlechts. Von den Gefangenen und Korrigenden kommen aus Städten 858, vom Lande 339; beim Militär haben 422 gedient. Im Zuchthaus wurde auch Schulunterricht erteilt, an welchem 20 Gefangene teilnahmen. Der Einfluß auf die Schüler war, so sagt der Bericht, wie bisher günstig; sie widmeten dem Unterricht ein sehr reges Interesse und betrugen sich im ganzen recht gut. An Hausstrafen wurden erkannt 33 Verweise und 43 Fälle mit einsamer Einsperrung mit oder ohne Entziehung von Kost oder der Verfügung über den Arbeitsverdienst usw. Zu den Gesamtausgaben für das Werk- und Zuchthaus in Höhe von 92 593,44 Mk. mußte die Staatskasse 29 627,52 Mk. beitragen, während die eigenen Einnahmen 62 965,92 Mk. betragen haben. Der Durchschnitt der Gesamtkosten betrug für den Kopf und Tag 1,11 Mk. gegen 0,98,5 Mk. im Vorjahre. Die immerhin nicht unerhebliche Differenz dürfte auf die Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen sein.

Die Unterschlagungen des Polizeiamtskanzlisten Fisahn sollen nach Meldungen auswärtiger Blätter nicht 16 000 Mk., wie zuerst berichtet wurde, sondern sogar 28 000 bis 32 000 Mk. betragen. Das Polizeiamt verlautbart jedoch nichts über die ganze Angelegenheit.

Der Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, welcher gegenwärtig in Hamburg tagt, beschloß eine Resolution, in der gegen das Vorgehen der Brauereien, die Brausteuer auf die Wirte abzuwälzen, protestiert und den organisierten Kollegen, die eine Preiserhöhung zurückgewiesen haben, volle Sympathie ausgesprochen wird. Die Versammlung erwarte, daß die organisierte Arbeiterschaft den Gastwirten im Kampfe gegen die Bierverteuerung Sympathie und solidarische Unterstützung gewähren werde.

Stadthallen-Theater. Die Winter-Spielzeit 1906/07 beginnt am Sonntag, den 23. September, für die Herr Direktor Piorkowski jetzt die letzten Vorbereitungen trifft. In den nächsten Tagen werden das Personalverzeichnis und die Abonnementsbedingungen, die die gleichen des Vorjahres geblieben sind, sowie das Verzeichnis der Neuheiten in Oper und Schauspiel und der in Aussicht genommenen Neueinstudierungen veröffentlicht werden. Als Heldentenor wurde Herr Bischoff vom Stadttheater in Straßburg i. E. verpflichtet, dem ein ausgezeichneter Ruf vorausgeht, und der bereits vom nächsten Jahre ab an das Kgl. Opernhaus in Berlin engagiert ist. — „Lohengrin“ und „Der fliegende Holländer“ werden, mit neuen Dekorationen ausgestattet, u. a. den Opernspielplan bereichern.

Neue Verbindung Bremen-Hamburg-Lübeck-Stettin-Danzig. Eine neue Eisenbahnverbindung längs der deutschen Küste von Bremen und Hamburg über Lübeck und Stettin nach Danzig wird mit dem Inkrafttreten des Winterfahrplans am 1. Oktober eingerichtet. Die Lübeck-Büchener, die mecklenburgische und die preußische Staatsbahn führen neue D-Züge zwischen Hamburg und Stettin über Lübeck und Stralsund ein. Der neue Zug geht von Hamburg (Lübecker Bahnhof) um 5 Uhr 25 Min. nachmittags. Er ist 6 Uhr 22 Min. in Lübeck, geht von dort 6 Uhr 28 Min. weiter und kommt 11 Uhr 20 Min. abends nach Stettin. Von Bremen nach Hamburg ist Anschluß mit dem Kölner D-Zug ab Bremen 3 Uhr 23 Min. nachm., an Hamburg (Hannoverscher Bahnhof) 5 Uhr. In Stettin hat der Zug weiter Anschluß nach Danzig, an 10 Uhr 40 Min. vorm. sowie nach Posen, an 10 Uhr 43 Min. vorm. Auch von Kopenhagen und Rostock wird dadurch die Verbindung nach Stettin verbessert, ab Kopenhagen 11 Uhr 5 Min., ab Rostock 5 Uhr 9 Min. an Güstrow 5 Uhr 42 Min. Weiter geht's erst 8 Uhr 22 Min. nach Stettin, während ein Anschluß bisher überhaupt fehlte. Der neue Gegenzug geht von Stettin 8 Uhr 30 Min. früh. Er ist 1 Uhr 25 Min. in Lübeck und 2 Uhr 25 Min. in Hamburg (Lübecker Bahnhof). Der Zug hat Anschluß aus Posen, ab 12 Uhr 22 Min. nachts, ab Danzig 5 Uhr 25 Min. abends. Von Hamburg nach Bremen bietet ebenfalls Anschluß der D-Zug nach Köln, ab Hamburg (Hannoverscher Bahnhof 2 Uhr 47 Min., an Bremen 4 Uhr 23 Min. nachm., Köln 10 Uhr 1 Min. abends.

Wilhelm-Theater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: In Veranlassung des Gastspiels von Max Schütz findet eine einmalige Aufführung von Sudermanns „Es lebe das Leben“ statt. Der geschätzte Künstler, der die Rolle des Grafen Michael von Kellinghausen zu so künstlerisch bedeutender Größe gestaltete und dadurch wohl besonders zu dem großen Erfolg beitrug, den das hochinteressante Stück hier s. Zt. gefunden, kann nur noch dies eine Mal auftreten, da sein Urlaub abgelaufen und er am Montag schon seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen muß. Am Sonnabend ist wieder, wie üblich, eine Vorstellung zu kleinen Preisen, die letzte Wiederholung von Rod. Benedix „Die relegierten Studenten“, ein Lustspiel, welches stets gern gesehen wird. Für Sonntag wird das Sensationsstück von Karl Böttcher „Ausgewiesen“ vorbereitet. Das Stück hat überall großes Aufsehen erregt.

Der Druckfehlerteufel hat in der gestrigen Nummer unseres Blattes dadurch Verwirrung angerichtet, daß er in der Notiz über die amtsblättlichen Verleumdungen des Münchener Krankenkassenvorstandes aus dem Worte umgefälscht den Ausdruck „ungefälscht“ machte.

pb. **Leichenfund.** Am Mittwoch, den 15. d. Mts., gegen 4½ Uhr wurde unweit der Drehbrücke die Leiche eines unbekannten, anscheinend dem Maschinenpersonal eines Schiffes angehörigen Mannes aus der Trave gezogen. Der Verstorbene ist etwa 28 Jahre alt, ca. 1,72 m groß, hat rotblondes Haar, eben solchen Schnurrbart, stumpfe Nase, ovales Kinn, rundes Gesicht und ist von schlanker kräftiger Statur. Bekleidet ist die Leiche mit schwarzem Jackett, schwarzer Weste, dunkelgrauer gestreifter Hose, blau und weiß gestreiftem Hemd, Normalhemd, weißer Parchendunterhose, grauen Strümpfen, ohne Fußbekleidung. Vermutlich trug der Verstorbene ein Paar Holzpantoffeln, die im Wasser schwimmend am verflossenen Sonnabend gefunden wurden. Bei der Leiche wurden vorgefunden 4,12 Mk. in barem Gelde, 1 Aluminiummünze mit den Bildnissen der Fürsten des Dreibundes, 1 hölzerne Zigarrenspitze, 1 Taschenmesser, 1 rotgestreiftes Taschentuch, 2 weiße Taschentücher, eins davon gezeichnet „A. M.“. Außerdem befanden sich bei der Leiche einige Briefe und Papiere, auf den Namen „Gustav G. Petersen“ lautend. Die Briefe hat der Verstorbene aus Christiania empfangen und sind in norwegischer Sprache geschrieben. Es dürfte sich um einen Seemann aus Norwegen handeln, der ins Wasser gefallen und ertrunken ist. Personen, die in der Lage sind, die Leiche zu identifizieren, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Abteilung zu melden. Hier werden auch Photographien desselben zur Ansicht ausliegen.

pb. **Diebstahl.** Aus dem Mannschafts-Logis eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers wurden in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. eine Doublee-Kavalierkette und ein braunes Lederportemonnaie mit etwa 10 Mk. in Silber gestohlen. Das Portemonnaie ist mit einem eingepreßten lübeckischen Adler verziert.

pb **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Klempnergeselle aus Küstrin, der seitens des Königl. Amtsgerichts in Wesel wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Ermittelter Dieb.** Ein hiesiger Arbeiter, der von dem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer „Lübeck“ einen Korb mit Krebsen gestohlen hatte, wurde festgenommen.

Schwartau. Ein größeres Feuer wütet heute mittag 1 Uhr auf dem nahen Cleverhof. Wie es heißt, brennen zwei Scheunen. Cleverhof wurde in der letzten Zeit wiederholt vom Feuer heimgesucht. Obwohl man als Ursache Brandstiftung annahm, gelang es bisher noch nicht, den Frevler zu ermitteln.

N. **Schwartau.** Gewerkschaftsfest. Am Sonntag wird die Arbeiterschaft von Schwartau-Rensefeld und Umgegend ihr erstes Gewerkschaftsfest feiern. Es ist mit besonderer Freude zu begrüßen, daß die Arbeiter dieser Ortschaften bestrebt sind, engere Fühlung miteinander zu nehmen; gerade jetzt, wo hier die Industrie im Aufblühen begriffen ist. Dieser Zusammenschluß soll auch in dem Feste zum Ausdruck kommen, das wir am 19. August begehen. Es ist wohl zu hoffen, daß auch von Lübeck die Genossen in größerer Anzahl erscheinen werden, zumal durch die Hafenfähre eine bequeme und billige Verbindung geschaffen ist. Dafür, daß niemand Hunger und Durst zu leiden hat, werden folgende Wirtschaften sorgen: Norddeutsche Bierhalle, Gasthof Transvaal, die Gastwirtschaft Strampfer, sowie der Gasthof zum Riesebusch, Besitzer Gotthardt Strunck. Auf dem Festplatze werden die Vereinswirte Robert Pinkert (Gasthof Transvaal) und Georg Sternberg (Rensefeld) in ausgiebigster Weise bemüht sein, den Wünschen der Festteilnehmern entgegenzukommen. Für die Arbeiterschaft von Schwartau, Rensefeld und Umgegend heißt am Sonntag die Parole: „Auf zum Gewerkschaftsfest nach Schwartau im schönen Riesebusch!

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Zum Tatenberger Raubmord. Nach einer Mitteilung der Kriminalpolizei in Wilhelmshaven ist der der Teilnahme an dem Tatenberger Raubmord verdächtige Schmied Güssefeldt auf dem Schützenfest in Bant bei Wilhelmshaven verhaftet worden. Güssefeldt logierte in einer Herberge in Wilhelmshaven. Kriminalkommissar Plotz reist heute früh in Begleitung eines Wachtmeisters nach Bant, um Güssefeldt zu vernehmen und ihn hierher zu bringen. Die Polizei hat festgestellt, daß die vier Täter den Hofbesitzer Janssen durch heftige Schläge auf den Kopf verletzt haben. Der Hinterkopf wies blutige Stellen auf. Der Knochen war rissig. Güssefeldt ist nach seiner Festnahme dem Amtsgericht Rüstringen zugeführt worden. Er soll nach dem Raubmord mit einem noch nicht ermittelten Komplizen hier ein Fahrrad gestohlen und dasselbe verkauft haben, ohne dem Komplizen etwas von dem erhaltenen Gelde abzugeben. Er reiste dann mit dem gesamten Gelde ab und wandte sich nach Wilhelmshaven.

Kiel. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich im Hafen von Hernösand, wo der Kieler Bergungsdampfer „Belos“ mit der Hebung eines gesunkenen Dampfers beschäftigt war. Es sollte zur Beseitigung eines Hindernisses eine Sprengung vorgenommen werden. Der leitende Schiffsoffizier verwechselte dabei die elektrischen Leitungsdrähte und ein Haufen Dynamitpatronen, den ein Arbeiter trug, explodierte mit furchtbarem Knall. Der Arbeiter und ein in der Nähe stehender Kameraden wurde zerrissen, der Steuermann und ein dritter Arbeiter schwer verletzt.

Heide. Zum Mord in Heide. Der Verdacht, daß das auf der Badeanstalt Ziegelhof ertrunkene Mädchen nicht freiwillig den Tod gefunden hat, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Die Ertrunkene, die man wahrscheinlich mit Gewalt ins Wasser gestoßen hat, ist bekanntlich als das in Norderwitsch bei Marne in Dienst gestandene Mädchen Henriette Mutts aus Russisch-Polen rekognosziert. Der Bräutigam der Genannten, der ebenfalls in Norderwitsch bedienstet ist, ist nicht identisch mit dem Mann, der sie auf der Bahnfahrt von Heide nach Neumünster begleitet hat und in dessen Gesellschaft sie später in Heide gesehen worden ist. Nach Aussage eines Zeugen hat sie ihm gegenüber geäußert, daß sie nach Hause reisen wolle und sich von den Eltern habe Geld schicken lassen.

Flensburg. Schwere Unwetter sind gestern nacht über Stadt und Umgegend niedergegangen. Ein Wirbelwind riß das Hausdach des Werftmagazins herab. Außerdem wurde an verschiedenen Gebäuden großer Schaden angerichtet.

Doberan. Sie kann nicht mehr. Einiges Aufsehen erregte es, als am Montag vormittag ein bleich aussehendes, hochschwangeres Mädchen in Begleitung eines Polizeidieners die Straßen unserer Stadt passierte. Wie sich herausstellte, hatte das Mädchen, weil es die schweren Erntearbeiten bei der Erbpächterwitwe M. Beese in Steinbek infolge ihres Zustandes nicht mehr verrichten konnte, ihren Dienst verlassen. Auf Anzeige beim hiesigen Amt wurde dieselbe polizeilich in den Dienst zurückbefördert. Ein ärztliches Attest, ausgestellt am 27. Juli, bekundet, daß das Mädchen im 7. Monat schwanger und sehr bleichsüchtig ist. — So geschehen im Monat August des Jahres 1906! Wissen denn die Dienstherrschaften wirklich keine anderen Mittel gegen das Arbeitspersonal mehr anzuwenden? Die Arbeiterin war ja übrigens vollkommen im Recht.

Schwerin. Zur Bierpreiserhöhung. Der Verband mecklenburgischer Brauereien teilte dem Vorsitzenden der mecklenburgischen Zone des deutschen Gastwirtsverbandes die Beschlüsse der letzten Versammlung vom 9. August mit, wonach die Mitglieder des Brauereiverbandes beschlossen haben, daß der Preis für das von ihnen gebraute Bier wegen der neuen Biersteuer um 2 Mk. pro Hektoliter erhöht werden soll. — Die Wirtevereinigung beider Mecklenburg erklärt einstimmig, daß sie diesen Aufschlag weder selbst tragen, noch auf das Publikum abwälzen kann, wenn sie nicht den Ruin des Wirtestandes hierdurch herbeiführen will. Um den Brauereien entgegenzukommen, haben die Wirte beschlossen, die Hälfte der wirklichen Biersteuer mit 50 Pfg. pro Hektoliter tragen zu helfen und hoffen, daß die Brauereien hierauf eingehen werden und das Publikum die Wirte hierin unterstützen wird.

Harburg. Ein Eifersuchtsattentat setzte die Passanten der Lüneburgerstraße in Aufregung. Als dort ein Mädchen vor einem Schaufenster stand, trat eine Frau dicht an sie heran und goß ihr plötzlich eine ätzende Flüssigkeit in's Gesicht. Das Mädchen wurde im Gesicht arg zugerichtet, auch ist für die Sehkraft des einen Auges Gefahr vorhanden. Als Grund dieser boshaften Tat gab die Frau an, daß ihr Mann mit dem Mädchen früher verkehrt habe und er jetzt Alimentationsgelder zu zahlen habe.

Bredstedt. Ein heftiges Gewitter brachte uns Dienstag abend den lang ersehnten Regen; leider wurde das dem Landmann Carsten Andresen gehörige Gewese „Wattenberg“, Gemeinde Bordelum, durch Blitzschlag eingeäschert.

Emden. Beendete Arbeitseinstellung. Gestern Nachmittag hat im Rathause eine Besprechung zwischen den Unternehmern und einer Abordnung des Ortsverbandes der Hafenarbeiter stattgefunden, die dazu führte, daß die Firma Lehnkering u. Co., die einen Arbeiter wegen

Beleidigung eines ihrer Beamten entlassen hatte, sich verpflichtete, den Arbeiter binnen drei Tagen wieder einzustellen, wenn er die Beleidigung zurücknehme und die Arbeiter sich verpflichteten, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine abends abgehaltene Versammlung der Hafenarbeiter stimmte dieser Vereinbarung zu und beschloß, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen, da eine allgemeine Arbeitseinstellung wegen dieser Privatsache nach dem Ortsverbandsstatut nicht zulässig sei.

Letzte Nachrichten.

Gleiwitz. An schwarzen Pocken erkrankte hier ein auf dem Borsigwerk beschäftigter Galizier.

Breslau. Einem traurigen, bedauernswerten Dasein haben der blinde Bürstenmacher Siedlaczek und der blinde Korbmacher Jenschok ein Ende gemacht, die sich in ihrer Wohnung erschossen haben. Durch eine der Kugeln wurde außerdem der blinde Flechtarbeiter Daniel schwer am Unterleib verletzt. Das Motiv zur Tat dürfte ungenügender Broterwerb gewesen sein. Wir leben in einer „göttlichen" Weltordnung.

Finsterwalde. In dem benachbarten Dorf Massen erlitt die 9jährige Tochter des Invaliden Köhler, die von ihren auf dem Felde arbeitenden Eltern nach der Wohnung vorausgeschickt war, um Feuer anzuzünden, durch Explosion einer Petroleumkanne, schwere Brandwunden. Der Vater, der bei seiner kurz darauf erfolgenden Heimkehr das lichterloh brennende Kind bemerkte, stürzte sich auf dieses, um die Flammen zu ersticken und erlitt ebenfalls schwere Brandwunden. Vater und Tochter wurden in das Finsterwalder Krankenhaus gebracht, wo sie nachts ihren Verletzungen erlegen sind.

Kassel. Der Bierkrieg dauert fort. Eine von Tausenden besuchte, vom sozialdemokratischen Verein einberufene Volksversammlung beschloß den Bierboykott solange fortzusetzen, bis die Wirte das Bier zum Preise von 13 Pfg. per ½ Liter abgeben.

Köln. Dienstag Nachmittag und abends gingen im ganzen Rheinland schwere Gewitter nieder. In Köln richtete ein Wirbelsturm großen Schaden an. In Aachen herrschte, wie der „Köln. Ztg." gemeldet wird, ein furchtbares Unwetter mit Hagelschlag. Der Betraum des Münsters stand mehrere Fuß unter Wasser. Der an den Feldern angerichtete Schaden ist groß.

Heidelberg. Durch den Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen wurden sechs Passagiere, ein Oberkontrolleur, ein Monteur und zwei Schaffner schwer verletzt. Der Unfall ereignete sich bei einer Probefahrt auf der Linie Heidelberg-Wiblo.

Stuttgart. In einer vor 2 Jahren von Stuttgart nach Münster bei Cannstadt verlegten Zuckerfabrik entstand infolge Kurzschlusses der elektrischen Leitung Großfeuer, das so rasch um sich griff, daß das ganze Anwesen gegenwärtig in Flammen steht. Zwei Arbeiter sind tot, eine Anzahl andere, man spricht von 23, wird vermißt.

Litterarisches.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Südekum; Verlag: Paul Singer, Berlin. In der uns heute zugegangenen Nr. 33 der Kommunalen Praxis wird das Verhalten des Preußischen Ministers Breitenbach in Sachen des Lokalverkehrs einer scharfen aber gerechtfertigten Kritik unterzogen. Vom Standpunkte der kommunalen Politik aus muß solch eine Auffassung, wie sie der Herr Minister kund gegeben hat, besonderen Anstoß erregen. Ueber Milchversorgung und Milchkontrolle handelt eine sehr eingehende Arbeit über die Verhältnisse in München, die auch für die Gemeindevertreter an anderen Orten dankenswerte Anregungen enthält. Aus dem reichen Notizenteil dieser Nummer heben wir u. a. die Darstellung der Wertzuwachssteuer in Prakow hervor. Die Kommunale Praxis erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2,50 Mk. Probenummern kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der Kommunalen Praxis, Berlin W 15 beziehen.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15 Preis für das Einzelheft 10 Pfg., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 33 Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Die Chronik des Skandals. — Immer dasselbe Mißverständnis. — Ein Schuß ins Zentrum. — Kraft. — Friedrich Stampfer: Das Vaterland über die Partei! — Ernst Deinhardt: Es war einmal . . . — Horace Traubel: Also sprach der Herr der Menschen. — Dr. Hans Przibram: H. St. Chamberlains „Immanuel Kant" vom Standpunkte des experimentierenden Naturforschers. — Dr. D. J. Bach: Bernard Shaw, ein Puppenspieler. — Gisela Bogenhardt: Segen. — Allerhand Nachdenkliches: Zur Agitation unter den „Christlichen". — Leib und Leib. — F. Sandmann: Der Garten. — Hermann Hyermans jr.: Warm.

Lübecker Marktpreise vom 15. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Hasen Stck. — Mk., Enten 2,70–3,20 Mk., Hühner Stck. 1,70–2 Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk. Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans — Mk., Schweinekotz Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk. Eier 8 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1–2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk. Aepfel beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. 8–15 Mk., Pflaumen 100 Pfd. 14–18 Mk., Blumenkohl, Kopf 35–50 Pfg., Kirschen Pfd. 40 Pfg., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. 15–20 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 5,— Mk., Kartoffeln, junge 200 Pfd. –6 Mk., per 10 Liter 60 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 5 Mk., Kartoffeln 10 Liter 50 u. 40 Pfg., Heringe 2 St. 10 Pf., Dorsche genügend, Brachsen Pfd — Pf. Gemüse genügend.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 15 August 1906.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.

Zugeführt wurden 404 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere —69 Mk., leichte —70 Mk. Sauen 60–66 Mk. und Ferkel 67–69 Mk. pro 100 Pfund.

Amtliche Notierungen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 15. August.

Weizen, 127–130 Pfd. holl., Mk. 170–173, Roggen 115–125 Pfd. Mk. 140–150 —, Hafer, je nach Qualität Mk. 165–175, Gerste, je nach Qualität Mk. 150–165.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

A. B. Sch.

Komiteesitzung Freitag, 17., abds. 9 Uhr.

Unserer lieben Großmutter **Bruhn** zu ihrem 70jährigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche.
Heini, Ella und Richard.

Zu vermieten **ein Logis** Schönkampstraße 9b.

Zweistubenwohnung nebst Küche und Stall, Preis Mk. 140 — Elswigstraße 1i.

Z. 1. Okt. e. Zweizimmerwohnung zu vermieten Emilienstraße 16a.

Gesucht zu sofort eine Plätterin auf Oberhemden und feine Wäsche für ganze Woche.
F. Jodeit, Peterstraße 2b.

Ein Friseur-Lehrling gesucht.
C. Troßin, Mühlenstraße 52a.

Zu sofort ein tüchtiger zuverlässiger
Kutscher.
Zu melden heute abend zwischen 8 und 9 Uhr.
Carl Voß, Holstenstraße 6

Zu verkaufen **mehrere einzelne Brieftäuber, braun, blau und schwarz**
Schwartauer Allee 82c.

Abhanden gekommen auf dem Gewerkschaftsfest **zwei rote Schleifen.** Abzugeben Wakenitzmauer 200, I.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,35
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,88
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken.
Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1.88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Feine frische Meierei-Tafelbutter per Pfd. Mk. 1.20. sehr feine fr. Meierei-Tafelbutter per Pfd. Mk. 1.25. Hummels Delikateß-Hdlg., **Johannisstraße 12.**

Bezugsquelle nur guter Sorten **Matjes-, Sommerfang- und Flohmheringe,** von ff **Anchovis** bester Qualität, **feinste delikate Matjes- u. Sommerfangheringe, ff. Himbeer- u. Kirschsaft.** Fabrik des überall beliebten nach alter bewährter **Bunge'scher Methode** hergestellten **Essigs** und **Essigsprits,** von **Wein-, Himbeer-, Estragons-, Gewürz- und Konservierungs-Honig-Essig** (anerkannt vorzügl. Einmache-Essig).
ff. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl
H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge
Essigfabrik gegr. 1825.
Fischergrube 61. Fernsprecher 217.

Vom diesjährigen Gewerkschaftsfeste
sind verschiedene gutgelungene
photographische Aufnahmen
angefertigt und den Teilnehmern als Zimmerschmuck zu empfehlen.
Preis pro Bild: Mk. 1.20.
Bestellungen nimmt entgegen die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
sowie deren Kolporteure.

Hansa-Theater

Heute den 16. August und folgende Tage:
I. Große internationale Ringkampf-Konkurrenz um den Großen Preis von Lübeck, 3000 Mk.

Heute Donnerstag den 16. August 1906 ringen:

Krook (Champion von Schweden)	gegen	Johansen (Dänemark)
Dangers (Meisterringer von Hamburg)	gegen	Dittrich (Wien)
Gebhardt (Berlin)	gegen	Matuschenko (Montenegro)

Dazu das großartige
Spezialitäten-Programm:
Rob. Karno's Honeysuckle Company, Club Jugglers.

Lucy Verdier Instrumental-Virtuosin.	**Ludwig Graumer** der bayrische Herkules.	**Hansi Fourné** Wiener Soubrette.
Alois Föschel Humorist und Imitator.	**Miss Hella Bernitt** Excentric-Tanzkünstlerin.	**Les Arleys** Jockey-Act in der Luft.

Hauskapelle: Leitung Kapellmeister Bruno Lüling.
Anfang täglich präzise 8 Uhr.
Billetvorverkauf in Sager's Zigarrengeschäft (Wochentags bis 5 Uhr, Sonntags 8 bis 9 Uhr früh und 12 bis 1 Uhr mittags), sowie an der Theaterkasse (Telephon 384) von 11 bis 1 Uhr mittags. Bestellte Billets werden nur bis 5 Uhr abends reserviert.

Neue Welt-Kalender
für 1907
31. Jahrgang
Preis 40 Pfennig.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung!
Lastadiearbeiter
Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgenossen.
Sektions-Versammlung
am Freitag den 17. August
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50–5
Tages-Ordnung:
1. Wahlen (Beisitzer, Obleute, Lohnkommission
2. Innere Sektionsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersu
Der Vorstand.

Achtung Maurer
Bandelegierten-Sitzung
am Freitag den 17. August 1906
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50–5
Das Erscheinen sämtlicher Delegierten ist dri gend notwendig
Der Vorstand.

Großes Preiskegeln
von Industriegegenständen
im Gesamtwerte von ca. 550 M.
in Jenner's Restaurant,
Roeckstraße 45
am Sonntag den 19., Montag den 20
Freitag den 24. und Sonntag, 26. Augus
Anfang Sonntags 11 Uhr,
Wochentags 9 Uhr vormittags.
Hierzu ladet freundlichst ein
R. Jenner.

Gesang-Verein Einigkeit (Ober-Büssau
Sommerfest
am Sonntag den 19. August
im Lokale des Herrn König, Ober-Büssa
Anfang für Kinder 4 Uhr, des Balles 8 Uhr
Entree: Herren 1 Mark, einzelne Damen so
Kinder 20 Pfg
Musik ausgeführt von den Schwartauer Kadett
Fremdeneinführung gestattet.
Der Vorstand.
Lokal bleibt für Nichtfestteilnehmer geschlossen.

Wilhelm-Theater.
Freitag den 17. August. 8 Uhr.
Letztes Gastspiel des Herrn Max Schüt
Einmalige Aufführung:
Es lebe das Leben.
Drama in 5 Akten von Sudermann.
Sonnabend: Zu kleinen Preisen.
Relegierte Studenten.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 190 — Freitag, den 17. August 1906 — 13. Jahrgang.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

(Fortsetzung.)

Die Jahresausgabe stellte sich im Jahre 1905 in den 64 Verbänden, die der Generalkommission angeschlossen sind, auf 25 024 234 Mk. Im Jahre 1891 hatten die 47 Verbände, die Berichte erstatteten, eine Ausgabe von 1 606 534 Mark und im Jahre 1900 hatten die 58 Verbände, von denen Bericht vorlag, eine Ausgabe von 8 088 021 Mark. In der Zeit von 1891 bis einschließlich 1905 verausgabten die Verbände 111 197 616 Mk. Von dieser Summe entfielen auf Rechtsschutz, Unterstützungen und das Verbandsorgan 43 113 494 Mk., und zwar wurden in dem genannten Zeitraum verausgabt für: Rechtsschutz 1 128 907 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 2 317 911 Mk., Reiseunterstützung 6 455 889 Mk., Arbeitslosenunterstützung 10 356 261 Mk., Krankenunterstützung 9 717 366 Mk., Invalidenunterstützung 1 395 015 Mk., Beihilfe in Not- und Sterbefällen 2 853 797 Mark, zusammen 34 225 146 Mk. Für das Verbandsorgan wurden 8 888 348 Mk. verausgabt. Damit ist die überaus segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften erwiesen. Jedoch haben sie sich nicht etwa damit begnügt, die Mitglieder in Notfällen existenzfähig zu erhalten, sondern sie haben mit aller Energie dahin gewirkt, der Arbeiterschaft eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Das beweisen die enormen Ausgaben für die Streiks und Aussperrungen. Von 1891 bis einschließlich 1905 wurden hierfür 33 120 243 Mk. verausgabt. Daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in den letzten Jahren, wie vielfach behauptet wird, den Kämpfen aus dem Wege gehen, wird widerlegt durch die Steigerung der Ausgaben für Streiks und Aussperrungen. Diese betrugen von 1892 bis 1897 unter 1 Million Mark pro Jahr, stiegen 1898 auf etwas über 1 Million Mark, im Jahre 1900 auf fast 2½ Millionen Mark und sanken in den nächsten beiden Jahren auf etwas unter 2 Millionen Mark. Dann steigerten sie sich im Jahre 1903 auf 4½, 1904 auf fast 6 und 1905 auf 9¾ Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, wie wenig die Gewerkschaften, trotz Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, ihre wichtigste Aufgabe, den Kampf um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hintenansetzen.

Die Ausgaben für die einzelnen Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit im letzten Jahre zeigt die folgende Aufstellung:

Es verausgabten im Jahre 1905 für:

	Organisationen		
Verbandsorgan	64	1 415 397	Mk
Agitation	64	1 305 132	„
Streiks im Beruf	55	9 149 708	„
Streiks in anderen Berufen	62	524 386	„
Rechtsschutz	57	311 239	„
Gemaßregeltenunterstützung	47	486 765	„
Reiseunterstützung	44	712 820	„
Arbeitslosenunterstützung	41	1 991 924	„
Krankenunterstützung	38	1 920 639	„
Invalidenunterstützung	7	273 960	„
Beihilfe in Sterbefällen	41	328 676	„
Beihilfe in Notfällen	42	296 128	„
Umzugskosten	39	175 551	„
Stellenvermittelung	14	12 996	„
Bibliotheken	27	37 256	„
Sonstige Zwecke	61	1 037 745	„
Konferenzen und Generalversammlungen	56	312 798	„
Beitrag an die Generalkommission	62	182 449	„
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	38	224 984	„
Prozeßkosten	19	8 920	„
Gehälter	63	466 846	„
Verwaltungsmaterial	63	542 064	„

An Kassenbestand verblieben den Verbänden am Schlusse des Berichtsjahres 19 635 850 Mk., gegen 16 109 903 Mk. am Schlusse des Jahres 1904. Im Jahre 1891 hatten die gesamten Verbände nur 425 845 Mk. Kassenbestand, der sich im Jahre 1900 bereits auf 7 745 902 Mark erhöht hatte. Von dem Bestand am Schlusse des Jahres 1905 entfallen auf den Verband der Buchdrucker 4 940 149 Mk., Maurer 2 732 467 Mk., Metallarbeiter 2 177 198 Mk., Holzarbeiter 1 840 987 Mk., Bergarbeiter 1 226 445 Mk., Zimmerer 919 169 Mk.

Auf den Kopf der Mitglieder berechnet hatten am Schluß des Jahres 1905 Kassenbestand in Mark: Notenstecher 216 50, Buchdrucker Elsaß-Lothringens 147 57, Buchdrucker 114 22, Hutmacher 45 33, Formstecher 34 15, Graveure 33 09, Buchbinder 26 07, Portefeuiller 23 37, Bildhauer 22 43, Zimmerer 21 76, Steinarbeiter 21 49, Vergolder 21,45, Stuckateure 21 23, Zigarrensortierer 20,37, Schiffzimmerer 19 81, Sattler 18 39, Kupferschmiede 17 68, Maurer 17,53, Töpfer 16 83, Lagerhalter 16,17, Tapezierer 15,90, Holzarbeiter 15,35, Steinsetzer 15,10, Buchdruckereihilfsarbeiter 13 81, Müller 13,24, Böttcher 12 37, Handschuhmacher 12,05, Schuhmacher 11 97, Gastwirtsgehilfen 11 70, Porzellanarbeiter 11,56, Maler 11,08, Dachdecker 10,19, Bureauangestellte 10,02, Bergarbeiter 9,81, Metallarbeiter 9,33, Bauhilfsarbeiter 8,67, Glaser 8,66, Kürschner 7 84, Bäcker 7,41, Glasarbeiter 7 35, Lederarbeiter 6 83, Fabrikarbeiter 6 68, Zivilmusiker 6,63, Lithographen 6 21, Tischler 5 74, Graveure 5 68, Brauereiarbeiter 5,48, Gemeindearbeiter 5,35, Handels- und Transportarbeiter 5,12, Kontoristen 5,09, Schmiede 4 96, Hafenarbeiter 4 73, Gärtner 4 25, Maschinisten 4 11, Schneider 3,98, Fleischer 3 28, Schirmmacher 2 99, Wäschearbeiter 2 83, Textilarbeiter 2 82, Blumenarbeiter 2,76, Asphaltiere 2,73, Tabakarbeiter 2,57, Handlungsgehilfen 2,47.

Diese Aufstellung soll nur zeigen, in welchem Maße die einzelnen Organisationen am Schlusse des Berichtsjahres finanziell kampffähig waren. Die Summen wechseln, abgesehen von einzelnen Verbänden, ständig, je nachdem eine Organisation in dem Berichtsjahre Streiks durchzuführen und Aussperrungen abzuwehren hatte. Sinkt infolgedessen der Bestand enorm, so muß auch sofortigst dafür gesorgt werden, daß er auf eine solche Höhe gebracht wird, daß ein Kampf, auch wenn ein größerer Teil der Mitglieder des Verbandes daran beteiligt ist, zunächst aus eigenen Mitteln geführt werden kann. Im allgemeinen ist in den letzten Jahren diese Rührung zum Kampfe bei den Verbänden vorhanden gewesen.

Die Unterstützungseinrichtungen sind in den letzten Jahren bei vielen Verbänden neu eingeführt und da wo sie bestanden, weiter ausgebaut worden. Reiseunterstützung zahlten 1905 49 Verbände, gegen 46 im Jahre 1904; Arbeitslosenunterstützung 41, gegen 38 im Jahre 1904 und 30 im Jahre 1903. Krankenunterstützung 40 (1904: 31, 1903: 21), Invalidenunterstützung 6 (1904 und 1903: 5); Unterstützung in Sterbefällen 43 gegen 39 Verbände im Jahre 1904.

Die Arbeitslosenunterstützung, gegen deren Zweckmäßigkeit als gewerkschaftliches Kampfesmittel sich auf dem Gewerkschaftskongreß 1896 eine große Minorität aussprach, wird immer mehr in den Gewerkschaften, selbst in denen des Baugewerbes, eingeführt. Im Jahre 1905 hatten 41 Organisationen (ausschließlich des Werftarbeiterverbandes, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste) die statutarische Arbeitslosenunterstützung. Von diesen haben zwei, die Schiffzimmerer und die Zimmerer, im Jahre 1905 noch keine Unterstützung ausgezahlt. In einigen Organisationen begann der Bezug der Unterstützung erst im Laufe des Jahres, so daß nur eine verhältnismäßig geringe Summe zur Auszahlung gelangte. In 41 Organisationen (darunter der Verband der Werftarbeiter und der der Steinsetzer, in dem die Unterstützung nicht statutarisch ist und der 1158 Mk. für diesen Zweck verausgabte) wurden im Jahre 1905 insgesamt 1 991 924 Mk. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Organisationen, welche Unterstützung auszahlten, hatten zusammen 866 000 Mitglieder, so daß pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von 2 30 Mk. entstanden ist. Die Belastung der Mitglieder mit der Ausgabe für diese Unterstützung ist in den einzelnen Organisationen überaus ungleich. Die Berechnung wird auch beeinflußt dadurch, daß einzelne Arbeitslosenunterstützung zahlende Verbände im Jahre 1905 eine große Mitgliederzunahme hatten. Die Bergarbeiter, die pro Kopf nur 3 Pfg. für Arbeitslosenunterstützung verausgabten, gewannen 24 378 Mitglieder, die Fabrikarbeiter mit 16 Pfg. Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf hatten eine Mitgliederzunahme von 25 089. In beiden Verbänden kam außerdem die Arbeitslosenunterstützung im Berichtsjahre zum ersten Male zur Auszahlung. Ebenso bei dem Verband der Portefeuiller, der 6 Pfg. pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung verausgabte. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes erhöhte sich von 2507 im 4. Quartal 1904 auf 3579 im 4. Quartal 1905.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Eine vernichtende Niederlage der Reichsverbändler. Bei den Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse der Schneider in Berlin wurden insgesamt 1329 Stimmen abgegeben; davon entfielen auf die Liste der organisierten Schneider 1300 und 29 auf die Reichsverbändler.

Das Streiken sogar in Halle nicht verboten! Die Staatsanwaltschaft in Halle klagte jüngst bekanntlich im öffentlichen Interesse für Arbeitswillige, die sich durch das Wort „Nichtraucher" beleidigt fühlten, und am Montag klagte sie im Interesse eines Unternehmers, der sich gekränkt fühlte, weil er als „robust" bezeichnet worden war. Als „Beleidiger" mußte der Maurer Hermann Voigt vor dem Schöffengericht auf der Anklagebank Platz nehmen, weil er in einer Streikversammlung gesagt hatte: „Dem robusten Unternehmer, Maurermeister Reichardt, müsse man einmal auf die Finger kommen." Zeuge Gendarm Bock, der in Burg in der Aus jener Versammlung überwacht hatte, sagte aus, er habe in dem Worte robust eine Aufreizung und auch eine Beleidigung des Maurermeisters Reichardt erblickt, weshalb er die Worte fix zu Papier genommen habe. Zeuge habe es auch dem Reichardt angemerkt, wie entschieden dieser sich beleidigt gefühlt habe, als er ihm das verletzende Wort mitgeteilt habe. Der Staatsanwalt war so freundlich, gegen Voigt wegen Kränkung des Unternehmers 50 Mark Geldstrafe zu beantragen. Dem Gericht schien die Geschichte denn doch über die Hutschnur zu gehen und es sprach Voigt mit folgender Begründung frei: „Das Streiken und die Aufforderung dazu ist nicht verboten. Es ist das gute Recht eines jeden Preußen, sich zu versammeln und in der Versammlung auch den Mund aufzutun. In dem Ausdruck „robust" habe das Gericht unter keinen Umständen eine Beleidigung für den Unternehmer erblicken können. Die Kosten trägt die Staatskasse. — Der Staat könnte viel Geld sparen, wenn in solchen Fällen den Staatsanwälten, die solche Klagen einrühren, die Kosten aufgebürdet würden.

Die beleidigte Breslauer Polizei. Vor der Strafkammer I des Landgerichts Hannover hatten sich Sonnabend der Gewerkschaftssekretär, Genosse Schmidt, und der Redakteur des „Volkswille", Genosse Donath, wegen einer Aeußerung, die sie in Maiversammlungen in Linden gemacht, zu verantworten. Genosse Schmidt soll in der Versammlung im „Lindenhof" jenes Blutbades Erwähnung getan haben, „welches man in den letzten Tagen seitens der Behörden in Breslau arrangiert hat". Genosse Schmidt will dagegen nur gesagt haben, daß die Breslauer Polizei

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(6. Fortsetzung.)

„Er?" sagte die Valtinessin und schwenkte unwillig die Haube. „Er ist niemand. Ein Dieb will der Meister Weber sagen."

„Aber das nahm der Weber übel. „Ich bin wohl einer", hustete er, „der vor einem Dieb erschrickt? Das ist dem Dieb sein Handwerk, und über einen, der in seinem Handwerk ärbet, erschreck ich nicht. Freilich hab ich erst gemeint, es ist einer, und das geht dich nix an. Denn ein Dieb muß auch sehn, wie er ehrlich fortkommen will auf der Welt. Aber wie mir's vorgekommen ist, als mußt's der Holders-Fritz sein der Statur nach, und in seinen Händen hat er ein Beil gehabt, da bin ich auf ihn zugegangen. Und da bin ich erschrocken, daß derjenig' über mich erschrocken ist, und hat sich wild umgesehn, hat seine Hand vor sein Gesicht gehalten und fort — ist er gewest. Ich mein, er ist in den Bach gesprungen, damit ich ihn nur nicht erkennen soll'".

So hustete der Weber und gab noch einiges zu, was wirkliches Husten vorstellen sollte.

Das unsichtbare Heimchen zirpte hinter dem Ofen hervor: „Hm, hm, hm!"

Die Valtinessin aber schlug auf ihre Kniee und sagte: „Obschon mein Vater ein Weber ist gewest, hier sitz ich und sag: das ist kurios!"

„Aber ich hab gedacht", meinte die Schmiedin, „der Holders-Fritz geht gar nicht aus. Und wenn er lauert, so müßt' doch was sein, worauf er lauern tät."

„Ja", sagte die Valtinessin, „es ist finster, und der Meister Weber hat nur gemeint, es könnt der Holders-Fritz gewest sein."

Der Weber wollte antworten, aber es wurde ihm diesmal schwer, Verstand in sein Husten zu bringen.

„Und er geht nicht aus?" rief eine Stimme, die so schnell redete, daß man meinte, sie habe die fünf Worte zugleich gesprochen. Als sie fortfuhr, bemerkte man, es hatte mit ihren Reden eine eigene Bewandtnis. Das erste Wort jedes Absatzes stellte einen hemmenden Pfropfen dar, der erst durch ein gewaltsames Rütteln aller Gesichtsmuskeln zum Springen gebracht werden mußte. Dann aber schäumten die anderen ihm in desto sprudelnderer Eile nach. Der Besitzer dieser Stimme, der, so oft er sprechen wollte, hinter dem Tisch hervorsprang, als wollte er diesen vor der Gefahr seines Ergusses sichern, ähnelte auch in seiner einschnittlosen Gestalt, auf der ein kleiner Kopf saß, einer Selterswasserflasche. Sein Antlitz war von einer Röte, der man eine Nachhilfe mit geistigem Getränk ansah, und ein schwarzer Schnauzbart teilte es in zwei fast gleiche Teile.

„E—r geht nicht aus? Mit Vergunst von der Frau Valtinessin, aber das ist nicht wahr gered't."

Da die Valtinessin sich anschickte, ihm etwas zu erwidern, setzte sich der junge Mann einstweilen nieder.

„Man muß glauben, was ein Mensch sagt", entgegnete sie. „Der Meister Schramm ist hier ein Luckenbacher, und der sitzt hier und sagt, er geht nicht aus."

Sie bewegte die Haube dabei wiederum auf ihr linkes Ohr, um anzudeuten, daß der Redner kein Luckenbacher, und daher gewissermaßen kein Mensch sei und keinen Glauben verdiene.

Das verdroß den Saalfelder, er sprang wiederum hinter dem Tische hervor, rüttelte an seinem Propfen und sprudelte: „Mi—i—i—it Vergunst von der Frau Valtinessin, ich bin Mensch und Böttchergeselle. Aa—a—als ein solcher hab ich zwei Jahre lang bei dem Meister Holder gearbeit't, und zwar als einer, der weiter drin ist gewest, als bloß in Luckenbach, wo nur ein kleines Nest im Vergleich mit großen, allwo ich gearbeit't mit Vergunst von der Frau Valtinessin."

Ein Mensch will Er sein und ein Büttnergesell? Ein Saalfelder ist Er," sagte die Valtinessin entschieden.

Der Meister Schramm schien die scharfsinnige Einteilung vernunftbegabter Wesen in Menschen, Büttnergesellen und Saalfelder anzustaunen. Und die Sache war damit eigentlich abgetan.

Der Saalfelder war zwar anderer Meinung. Er kam wieder hervorgerannt. „Dddd—das kann ich dem Meister Schramm bezeugen, wie der Meister Holder ist gewest. Dddd—denn der Meister Holder ist auch auf mich zugekommen mit unvorsichtigen Griffen wie ein Rohalist, das er immer ist gewest. Mmmm—meister Holder, hab ich gesagt, ich bitt' ihn inständig, sich nicht zu vergreifen. Wwwww—wenn ich meint, einen rechtschaffenen Menschen in die anzugreifen, da ve—vergriff ich mich freilich, hat er gesagt. Iii—ich hätt' ihm noch mehr gesagt, wä—wär ich nicht zufällig schon draußen gewest. Unnnd der Spandauer, mein Nebensgesell', ist von se—elber gegangen vor Zorn über mich, daß der Mei—ister einen rechtlichen Kunstgesellen so behandelt hat. Dddenn—denn es ist eine Kunst und kein Handwerk nicht; da—as Buch ko—stet mich sechzehn Groschen: das Gg—ganze der Böttcherkunst mit Vergunst von der Frau Valtinessin."

Für diese war der gute Saalfelder gar nicht mehr vorhanden: sie strich sein Gedächtnis in Gestalt einer Falte von ihrer Schürze weg. Aber das Heimchen zirpte hinter dem Ofen hervor:

„Die Red' ist davon, ob der Holders-Fritz ausgeht oder nicht!"

„Iffreilich geht er," sprudelte der Saalfelder. „Mmmüßt mir's der Lehrer (Lehrling) nicht gesagt haben, wo ganz allein bei ihm geblieben ist, wei—weil er ein Schmck ist seines Namens, unnd das ka—ann man ihm nicht verdenken

bei diesem Blutbade „engagiert“ gewesen. Die Anklage lautete auf verleumderische Beleidigung (§ 187) der Breslauer Polizei und „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“ (§ 131). Genosse Donath soll sich in seiner Rede auf dem „Lindener Berghause“ durch folgende Wendung: „Wir brauchen uns darüber (daß Straßendemonstrationen in Preußen nicht gestattet sind) die Köpfe nicht zu zerbrechen: wenn wir einst die Zeit für gekommen halten, werden wir niemand darum fragen, ob wir auf die Straße gehen dürfen. Wir gehen auf die Straße wenn es uns paßt und nicht, wenn es unseren Gegnern paßt . . . .“ gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze) vergangen haben. Der Angeklagte stellt dies entschieden in Abrede. Polizeikommissar Schütte bezeugt an der Hand seiner Aufzeichnungen, daß er das Wort „arrangiert“ gehört, er glaube nicht, sich verhört zu haben. Kriminalbeamter Thielmann, der das Stenogramm aufgenommen, will ganz bestimmt das Wort „arrangiert“ gehört haben. Der betreffende Passus in dem Stenogramm lautet wörtlich: „Blutbad, letzten Tagen seitens Behörden Breslau arrangiert hat“. Polizeikommissar Mittmann-Breslau, 28 Jahre alt, gibt eine Schilderung der Vorgänge am 19. April, indeß mit so leiser Stimme, daß er im Zuhörerraum kaum verständlich. Demnach haben am genannten Tage auf dem Striegauerplatze in Breslau schon gegen 4 Uhr Nachmittags große Menschenmengen sich angesammelt, um die „Arbeitswilligen“ zu erwarten. Gegen 6 Uhr seien es, Frauen und Kinder einbegriffen, wohl gegen 5000 gewesen. Die anwesenden Polizeibeamten seien übereingekommen, ihr Verhalten von dem der Menge abhängig zu machen. Diese habe alsbald angefangen, zu johlen, die Polizeibeamten mit Steinen und mit Kot zu bewerfen, und sich auf die Straßen gedrängt, so daß die Arbeitswilligen nicht durchkommen konnten. Die Polizei sei jetzt eingeschritten, um die Straße frei zu machen. Schüsse fielen, Kanonenschläge wurden abgebrannt. Als er dann selbst einen Schlag erhalten, habe er befohlen, blank zu ziehen und vorzugehen. Ein scharfer Schuß aus der erregten Menge hätte ein noch energischeres Vorgehen angezeigt erscheinen lassen. Schritt für Schritt habe man die Menge zurückgedrängt, bis das Signal gekommen, sich zurückzuziehen. Unter des Zeugen Kommando hätten zwei berittene und vierzehn Schutzleute gestanden. Hülfe sei geholt worden. Aber bis diese, ein Kommandeur und 200 Schutzleute, eingetroffen, sei der Platz wieder, wie vorher, ganz schwarz von Menschen gewesen. Man habe die Massen aufgefordert, sich zu entfernen, und als dies nicht geschehen, sei der Befehl zum Vorgehen ergangen. Wiederum habe er einen Schlag erhalten. Steine seien geflogen gekommen; aus den Fenstern habe man mit Waschheimern, Plätteisen, Stühlen 2c. geworfen, sogar mit Flaschen, die mit Säuren gefüllt. Allein in seiner Kompagnie seien 11 Verletzungen zu verzeichnen gewesen. Er habe nun zunächst zwei Schreckschüsse abgegeben, dann zur Warnung einen scharfen Schuß in ein Fenster (!) und als dies ohne die gewünschte Wirkung blieb, seien die Schützen in Aktion getreten. Endlich sei es gelungen, den Platz und die Straßen zu säubern, was denn noch dreimal hätte wiederholt werden müssen. Es sei mit aller Schonung und Nachsicht vorgegangen worden. Auf Befragen des Vorsitzenden sagt Zeuge noch aus, daß „seit dem roten Sonntag schärfere Bestimmungen eingetreten wären“, welche laut Anweisung event. „in vollem Maße“ angewendet werden sollten. Polizeikommissar Bernhard-Breslau, der über die Vorgänge in Breslau ähnlich aussagt, bekundet auf die Frage des Vorsitzenden noch, daß der Handabhacker bisher noch nicht ermittelt. Polizeikommissar König hat nicht die Meinung gehabt, daß Genosse Donath mit seinen oben zitierten Worten die Zuhörer zum Ungehorsam wider die Gesetze hat auffordern wollen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ist natürlich von der Angeklagten Schuld völlig überzeugt. Die Erwähnung des Blutbades durch den Genossen Schmidt könne nur den Zweck haben, gegen die Behörden zu hetzen; der Hinweis auf die russischen Vorkommnisse sei nur erfolgt, um die deutschen Behörden herabzusetzen. Er beantrage „nur 6 Monate Gefängnis“ und Publikationsbefugnis. Den Angeklagten Donath beantrage er, mit 6 Wochen Gefängnis zu bestrafen. Nach einem trefflichen Plaidoyer des Verteidigers, Justizrat Lenzberg, der die Argumente des Staatsanwalts gehörig zerpflückte und sich auch gegen das „exorbitant hohe Strafmaß“ wendete, zog sich das Gericht zur Urteilsfindung zurück. Donath wurde freigesprochen, da das Gericht nicht die Ueberzeugung gewann, daß er, D., mit seiner Aeußerung auf die Willensentschließung seiner Zuhörer hat einwirken wollen. Bei Schmidt erachtet das Gericht den Tatbestand des § 131 nicht für festgestellt. Dagegen sei er überführt, die Polizeibehörde vorsätzlich verleumderisch beleidigt zu haben. Mildernd sei erwogen, daß der Angeklagte noch unbestraft; aber der Vorwurf, den er gegen die Breslauer Polizei erhoben und der völlig aus der Luft gegriffen, sei ein so schwerer, daß auf Geldstrafe nicht hätte erkannt werden können. Das Urteil lautet auf zwei Monate Gefängnis, Tragung der Kosten, und dem Polizeipräsidenten von Breslau wird außerdem die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der „Schles. Ztg.“, im „Hannov. Tbl.“ und im „Volkswille“ durch einmaliges Einrücken bekannt zu geben.

Es bleibt bei der Erpressung! Genosse Friedrich Mehrlein stand dieser Tage wieder vor der Breslauer Ferienstrafkammer, um sich wegen angeblicher Erpressung zu verantworten, die er gegenüber den Stubenältesten der Laternenwärter Hütter und Roßdeutscher verübt haben soll. Die beiden hatten je einen Petitionsbogen der Laternenwärter an den Magistrat, der schon mit Unterschriften bedeckt war, zerrissen. Mehrlein hatte daraufhin von ihnen eine Buße von je 15 Mark für die Sterbekasse des Gemeindearbeiter-Verbandes verlangt. Darin erblickte die Breslauer Strafkammer in ihrer Sitzung vom 15. September v. J. eine Erpressung und erkannte auf zwei Wochen Gefängnis. Das Reichsgericht hat das damalige Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen, doch wurde hier wiederum auf zwei Wochen Gefängnis erkannt. Es wird abermals Revision eingelegt werden.

Totenliste. Ein Veteran der Partei, der Genosse Schneidermeister Julius Beyer, wurde am Sonntag nachmittag in Halle a. S. unter starker Beteiligung der Partei und Gewerkschaften zu Grabe getragen. Ja Beyer, der stets einsprang, wo es für die Partei, Gewerkschaften oder Krankenkassen, den Sammelpunkten unter dem Ausnahmegesetz für die Partei, etwas zu tun gab, verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte. Schon in den 60er Jahren hat er im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit in den vordersten Reihen gekämpft. Von Leipzig aus wurde er seinerzeit nach dem Eisenacher Kongreß delegiert. In den letzten Jahren war der Unglückliche nervenkrank und in geistiger Umnachtung hat er am letzten Freitag seinem traurigen Dasein durch Selbstmord ein Ende gemacht. Seine Angehörigen und Parteigenossen hatten versucht, den Bedauernswerten in der Nervenklinik unterzubringen. Ein ärztliches Attest lag vor, aber die Aufnahme konnte nicht erfolgen, da die „dritte Klasse“ überfüllt sei und für die zweite Klasse die Mittel nicht vorhanden waren. So wurde auch Beyer ein Opfer unserer schauderhaften Verhältnisse.

Aus Nah und Fern.

Beide Beine abgemäht. Ein grausiger Vorgang wird aus Bussin bei Wusterwitz in Pommern gemeldet. Der Gemeindevorsteher, Molkereibesitzer Krüger, ein Mann von etwa 30 Jahren, half dem Besitzer Fischer in Erlau bei Bussin beim Hafermähen, ebenso ein anderer junger Mann aus Bussin. Spät abends, auf dem Nachhausewege wurden Krüger von dem jungen Manne beide Beine mit der Sense abgehauen. Der Schwerverletzte starb noch in derselben Nacht an Verblutung. Der Täter wurde verhaftet. Krüger war seit zwei Jahren verheiratet, seine Frau ist seit einigen Tagen Wöchnerin. Näheres über den Hergang der blutigen Affäre ist nicht bekannt.

Von einem unerhörten polizeilichen Uebergriff berichtet „Der freie Arbeiter“: Danach sei kürzlich der Anarchist E. W. wegen Verteilens von Schriften auf dem Berliner Polizeipräsidium vernommen worden. Nachdem die Vernehmung beendet, sei er von Polizisten, nicht vom Richter — aufgefordert worden, sich photographieren zu lassen. Als er sich geweigert und einen richterlichen Befehl gefordert habe, seien eine ganze Anzahl Beamte auf ihn zugestürzt und hätten ihn, tretend und stoßend, gewaltsam fortgeführt. Als dann der also Behandelte gezwungen werden sollte, sich auf den Photographierstuhl zu setzen, verlangte er aufs neue eine richterliche Verfügung. Statt dessen drückte man ihn aufs neue, von zwölf Fäusten gepackt, mit Gewalt nieder und zwang ihn so, sich photographieren zu lassen. Als man sah, daß das Bild vollständig verpfuscht war, weil der Delinquent „nicht stillgehalten“ hatte, wiederholte sich die kaum glaubliche Prozedur aufs neue! Damit aber noch nicht genug. Nachdem er vor dem Photographen endlich Ruhe hatte, habe man den Genossen hinuntergeführt, wo er sich wegen — Widerstandes gegen die Staatsgewalt verantworten sollte, obwohl auch dazu noch keinerlei Verfügung vorlag!! Bei dem Herumbalgen mit den Polizisten seien dem also Mißhandelten die Knöpfe der Hose gewaltsam abgerissen worden. Aber die Beamten hätten sich geweigert, ihm eine Schnur zu geben, so daß er gezwungen gewesen sei, dieselbe mit den Händen festzuhalten, bis er zu Hause gewesen sei. Soweit das genannte Blatt. Leider verschmähen es die Anarchisten meistens, sich über derartige Beamte höheren Orts zu beschweren. In diesem Falle wäre aber eine Beschwerde umsomehr angebracht, als darin die Frage aufgeworfen werden könnte, ob man bei der Polizei noch nichts weiß von einem seit Jahren bestehenden Gesetz, das das Recht am eigenen Bilde garantiert. Rücksichtsvoller wird jedenfalls die Polizei durch das großmütige Verzichten auf die Beschwerde nicht.

„Nach Feierabend“ und die sozialdemokratische Presse. Unser hannoversches Parteiorgan schreibt: „Der Verleger von „Nach Feierabend“, Herr Bernhard Meyer in Leipzig, hatte gegen den Lokalredakteur des „Volkswille“, Genossen Hans Donath, private Anklage erhoben, weil er sich durch verschiedene Wendungen in einer Reihe von Artikeln beleidigt fühlte. Auch wollte er eine Verurteilung auf Grund des § 7 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb — man denke, ein sozialdemokratisches Blatt tritt mit „Nach Feierabend“ in Wettbewerb! — herbeigeführt wissen. Die Eröffnung des Hauptverfahrens wurde aber über die von Herrn Meyer angezogenen Stellen abgelehnt, bis auf eine Wendung, die dringend verdächtig erschien, einen Verstoß gegen § 185 Str.-G.-B. (formale Beleidigung) zu enthalten. In dieser Sache stand nun Termin vor dem Schöffengericht an, der aber einen unerwarteten Ausgang nahm. Bei der Eröffnung der Verhandlung war der Privatkläger unvertreten, so daß das Verfahren eingestellt wurde unter Belastung des Privatklägers mit allen entstandenen Kosten! Wir hätten lieber gesehen, wenn sich der Prozeß abgewickelt hätte, es wären dabei ganz interessante Ausblicke über den Wert der Zeitschrift „Nach Feierabend“ und deren Versicherungsbedingungen entstanden. Es hat aber nicht sein sollen!

Was die Kuh alles frißt. Aus Erfurt wird geschrieben: Ein erbauliches Dokument ist einem Erfurter Gärtnereibesitzer zur Aufbewahrung übergeben worden. Es stellt ein Dienstzeugnis eines eben bei ihm eingetretenen Gärtners dar, das um so größeren Wert besitzt, als es das einzige Schriftstück war, das der Mann als Ausweis und Empfehlung vorlegen konnte. Warum es das einzige „Zeugnis“ war, geht aus dem Inhalt der sonderbaren amtlich gestempelten Urkunde hervor, der folgendermaßen lautet: „Der Gärtner B. von Kölleda hat vom 7. Juni bis zum 23. Juni bei mir zu meiner Zufriedenheit gearbeitet und ist hiermit entlassen seine Papiere die er mitbrachte hat die Kuh gefressen den Inhalt kenne ich nicht auch soll die Kuh das Vorhemd mit gefressen haben. Das bescheinigt hiermit . . .“

Ein Milchkrieg droht im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auszubrechen. Der Preis der Milch, der bisher fast überall 18 Pf. pro Liter betrug, ist in Essen bereits auf 20 Pf. erhöht worden, am 15. d. M. wird Duisburg nachfolgen und auch in Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund rüstet man sich, in gleicher Weise vorzugehen. Die Abnehmer haben in Essen bereits damit geantwortet, daß sie den Konsum der Milch sehr erheblich einschränkten, zum Teil auch ganz einstellten. Schuld sind die Milchproduzenten, die Landwirte, die die Milchhändler dazu genötigt haben, ihrerseits 2 Pf. pro Liter mehr zu bezahlen. Diese wollen nun natürlich diese 2 Pf. auf die Konsumenten abwälzen, die auch hier wieder, genau wie beim Bier, die Leidtragenden sein sollen.

---

tun von wwegen er ist erst sechzehn gewest. Dddder muß nun die Bestellungen annehmen und mit den Kunden verakkommodieren von wegen weil der Meister mit niemand reden will. Dddda sitzt der Meister auf der Schnitzbank und sagt: Ttu ich's oder ttu ich's nicht? Ich tttu's, und eh's herauskommt, ggeh ich nach Amerika. Unnd ddabei hat er Augen gemacht wie glühig Pech und den Schnnnitzer vor sich in die Schnnnitzbank gestochen wie ein Tyrann. Und wwie er den Lehrer hat gesehn, daß der ist in der Wewerkstatt gewest, dda ist er erschrocken kkäseweiß, dddaß dem Lehrer 's hat gegruselt den ganzen Rücken hinunter mit Verggunst von der Frau Valtinessin. Unnnd hernach hat sich der Mei—ster angezogen, ddder Lehrer hat's durch's Schlüsselloch gesehn, aber nicht wie ein Chchchristenmensch, sondern wie ein italjänischer Banditer; so hhhat er das Ffutter außenhin gehabt und dddas Tuch inwendig. Es ist schschon dämmerig gewest, aber er hat noch gewart't, bis es Nnnacht worden, und hat dem Llehrer erst nnnoch gute Nacht gesagt und gettan, als wenn er sich niederlegt, eh' er ist gggegangen nach den Wwweiden zu mit Vergunst von der Frau Vvaltinessin."

„Nach den Weiden," zirpte das Heimchen, „hm, hm, hm, hm!"

Die Valtinessin war eben im Begriff, das ganze Zeugnis des Saalfelders auf ihren Knieen heimzuschlagen, als sich die Stimme des Uhrmachermeisters Zerrer erhob. Der Mann schien bei seinen Gehwerken das Sprechen gelernt zu haben. Aus seinem Knarren und Schnarren schien hervorzugehen, daß auch er den Holders-Fritz in der Dämmerung lauernd getroffen.

„Wo denn?" fragte das Heimchen. „Auch bei der Heiterethei ihrem Häusle?"

„Es war am Weidenweg," schnarrte der Uhrmacher. „Ja, wenn ich mich ganz recht besinn', so ist mir auch die Heiterethei nicht gar lang zuvor den Weidenweg her begegnet gewest. Ich hab ihn ganz genau erkannt. Die Frau Valtinessin kann's glauben, so gewiß ich ein Luckenbacher bin."

„Hm," sagte die Valtinessin und schwang die Haube. „Ich kann mich nur nicht gleich besinnen, wo sein Großvater selig wohnhaft ist gewest in Luckenbach."

„Der liegt auf dem Schwarzwald begraben, in Tuttlingen," entgegnete der Uhrmacher. „Mein Vater ist erst hergezogen nach Luckenbach."

„So, auf dem — Schwarzwald," sagte die Valtinessin und dehnte den Schwarzwald, daß seine letzten Bäume weit nach Frankreich hinein zu stehen kamen: „Das ist, wo die Katholiken sein, und da heißt einer Florian und der ander Fabian und machen Mäusfallen".

„Das ist mir nicht bekannt," sagte der Uhrmacher. „Aber von den Schwarzwälderuhren weiß die ganze Welt."

„Die ganz' Welt?" sagte die Valtinessin und schob sie mit der linken Hand geringschätzig beiseite. „Das kann sein. Aber von Luckenbach weiß sie nix. Und obschon mein Vater ein Weber ist gewest, Gott sei Dank! es ist noch kein Luckenbacher gewest, der Uhren hätt' gemacht!"

Die Ev' lachte eben nicht ehrerbietig. „Nun, so wird Sie mir's doch glauben, wenn ich's sag. Der Holders-Fritz hat mich dahinten an der Mauer beinah über den Haufen gerennt, wie er den Leuten ist ausgewichen. Und gelauert hat er vorher, das hab ich selber gesehn."

„Und die Heiterethei?" schob das Heimchen, hinter dem Ofen hervor, ein. „Die ist erst vorbei gewest?"

„Nein," sagte die Ev'. „Aber weit war sie nicht; das ist schon wahr. Und den Weg ist sie hernach auch gekommen. Und nun wird Sie's doch glauben, wenn's eine bessere Luckenbacherin sagt, als Sie selber ist. Ich hab doch ein Luckenbacher Heerle (Großvater) mehr, wie Sie."

„Ja, was das für ein Mordmädle ist," lachte die Valtinessin voll Mutterstolz, „die Ev'! und obschon mein Vater ein Weber ist gewest, mein Heerle selig ist Bürgermeister von Luckenbach gewest, und alle Leut' haben gesagt, ich bin ihm wie aus den Augen geschnitten."

Das war eigentlich der Nachsatz, zu welchem jenes Obschon ursprünglich gehörte. Wenn sie dies ohne den Nachsatz brachte, so war das jedenfalls Bescheidenheit und sie rechnete darauf, daß der Hörer diesen in seinem Kopfe ergänzen würde.

Der Meister Schramm wunderte sich diesmal mit Recht. Denn was mußten das für Augen gewesen sein, aus denen man eine Gestalt wie die Valtinessin schneiden konnte! Von einem Bürgermeister, der solche Augen hatte, da war freilich Luckenbach wohl gehütet.

„Ja," sagte der Meister Schramm, „in Luckenbach ist dafür auch die Frau Valtinessin der Hanswurst in der Komödie."

Der Meister hatte in diese Aeußerung nichts Unehrerbietiges legen wollen, und keiner der Anwesenden fand etwas dergleichen darin. Es wußte jeder, daß der Hanswurst die Hauptperson in der Komödie ist, und die Valtinessin nahm das Kompliment mit gütiger Herablassung auf. Dann erklärte sie, da eine Luckenbacherin es gesehen, so müsse man nun wohl glauben, der Holders Fritz lauere jemand auf.

Das Heimchen aber hatte nicht vergessen, daß der Adams-Lieb noch sein Wissen um die Sache schuldig war.

„Ihr wißt noch was," zirpte es, „Ihr, Adams-Lieb!"

Der Adams-Lieb sah sich wichtig um und schwieg, bis die Valtinessin die Haube warf und damit erklärte, sie halte den Adams-Lieb weder für einen Schwarzwälder noch für einen Saalfelder, und da er meinte, in den Augen der Ev' ihr Wohlgefallen an seiner männlichen Haltung zu lesen, begann er: „Es ist nix weiter. Am Gründer Marktabend sind wir der Heiterethei im Reicker Hohlweg begegnet. Ich hab ihn abhalten wollen, aber er hat ihr den Schiebkarrn aufgehalten, und da hat sie ihm gesagt, was er für einer ist. So ist's ihm noch nicht gesagt worden!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Jobs Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.